

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/3212 –**

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2022**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2021 bei 63,1 Prozent, gegenüber der vom BAMF und von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 39,9 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 20/2309).

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF; gegen 87,2 Prozent aller („einfach“) ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2021 geklagt. Fast die Hälfte aller Asylklagen (48,3 Prozent) endete 2021 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Syrien, Afghanistan und der Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961). Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ bei Gericht keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2021 in Höhe von 36 Prozent. 2020 lag der Wert bei 31,2 Prozent, das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an (Gerichtsstatistik 2020, [www.bamf.de](http://www.bamf.de)), weil sonstige

Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gezählt wurden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2021 bei 82 Prozent, d. h., nur jeder fünfte BAMF-Bescheid hielt einer gerichtlichen Überprüfung stand. In absoluten Zahlen bedeutet dies: 23 610 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2021 doch noch einen Schutzstatus, 20 011 durch Entscheidungen der Gerichte, 3 599 infolge von Korrekturen durch das BAMF (die oft auch auf Anregung der Gerichte zustande kommen); hinzu kamen 2 919 Anerkennungen als Ergebnis erneuter Überprüfungen nach Folgeanträgen. Zu den vom BAMF erteilten Schutzstatus kamen in den letzten vier Jahren jeweils etwa noch einmal ein Drittel durch die Gerichte angeordnete Schutzstatus hinzu (vgl. Antwort zu jeweils Frage 24 auf den Bundestagsdrucksachen 20/1048, 19/28234, 19/19333 und 19/8258).

Die Spannbreite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF bei Asylsuchenden aus bestimmten Herkunftsländern ist groß: Bei afghanischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2021, je nach Standort, zwischen 32,7 und 93,3 Prozent, bei irakischen zwischen 3,6 und 79,8 Prozent, bei iranischen zwischen 8 und 74 Prozent und bei Asylsuchenden aus der Türkei zwischen 6,8 und 69 Prozent. Das Forschungszentrum des BAMF benannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis innerhalb des BAMF: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 19/18498,) hieß es dann, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“. So wurden z. B. in Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen (ebd., Antwort zu Frage 4b).

Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die zuvor im Wege des Familiennachzugs eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2021 bei 82,9 Prozent (2020: 82 Prozent, 2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10, 11/2020, S. 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, die aktuelle Entscheidungspraxis des BAMF ist hingegen weitaus restriktiver.

Bei der Hälfte aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: 2021 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 49,4 Prozent (2020: 53,9 Prozent), 2,2 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 25 879 Asylanträge (17,5 Prozent aller Anträge; 2020: 25,9 Prozent) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG) gestellt. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat benennt vor diesem Hintergrund seit Januar 2020 die Zahl der „grenzüberschreitenden Asylerstanträge“, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes [GG], nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes [AufenthG] in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention [GFK], subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im ersten Halbjahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2022 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen machen?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sogenannten bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

01.01. – 31.08. 2022	Asyl- berechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftslän- der gesamt	1.479	1,0 %	26.413	17,5 %	38.305	25,3 %	17.572	11,6 %	83.769	55,4 %	71,6 %
darunter:											
Syrien	126	0,2 %	11.110	21,6 %	34.995	68,2 %	188	0,4 %	46.419	90,4 %	99,9 %
Afghanistan	640	2,5 %	4.275	16,6 %	955	3,7 %	15.065	58,4 %	20.935	81,2 %	99,2 %
Irak	9	0,1 %	2.037	12,8 %	567	3,6 %	942	5,9 %	3.555	22,3 %	28,8 %
Türkei	200	3,0 %	1.763	26,8 %	53	0,8 %	21	0,3 %	2.037	31,0 %	37,9 %
Georgien	-	-	6	0,1 %	2	0,0 %	11	0,2 %	19	0,4s%	0,5 %
Ungeklärt	59	1,6 %	1.694	46,5 %	391	10,7 %	57	1,6 %	2.201	60,5 %	78,9 %
Iran	61	2,0 %	767	24,8 %	80	2,6 %	38	1,2 %	946	30,5 %	46,2 %
Somalia	44	1,3 %	1.438	43,8 %	250	7,6 %	303	9,2 %	2.035	62,0 %	82,2 %
Eritrea	37	1,4 %	1.791	69,2 %	245	9,5 %	79	3,1 %	2.152	83,1 %	91,4 %
Moldau	-	-	1	0,0 %	-	-	5	0,1 %	6	0,2 %	0,5 %

01.01. – 31.08. 2022	Asyl- berechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Nigeria	11	0,4 %	128	4,6 %	18	0,6 %	144	5,2 %	301	10,8 %	18,2 %
Russische Föderation	55	3,1 %	97	5,5 %	51	2,9 %	17	1,0 %	220	12,5 %	23,4 %
Nord- mazedonien	-	-	2	0,1 %	1	0,0 %	9	0,3 %	12	0,4 %	0,8 %
Venezuela	12	1,5 %	28	3,4 %	26	3,2 %	170	20,8 %	236	28,9 %	30,1 %
Albanien	-	-	6	0,4 %	1	0,1 %	5	0,3 %	12	0,7 %	1,2 %
Bosnien und Herzegowina	1	0,1 %	1	0,1 %	-	-	-	-	2	0,2 %	0,4 %
Ghana	-	-	3	1,0 %	-	-	7	2,3 %	10	3,4 %	5,1 %
Kosovo	-	-	-	-	1	0,4 %	6	2,3 %	7	2,7 %	5,9 %
Montenegro	-	-	-	-	1	0,4 %	-	-	1	0,4 %	0,7 %
Senegal	-	-	2	1,6 %	2	1,6 %	3	2,4 %	7	5,6 %	13,7 %
Serbien	-	-	1	0,1 %	-	-	7	0,4 %	8	0,5 %	0,9 %
Algerien	1	0,1 %	11	0,8 %	4	0,3 %	1	0,1 %	17	1,2 %	4,0 %
Marokko	-	-	18	2,1 %	16	1,8 %	5	0,6 %	39	4,5 %	11,4 %
Tunesien	2	0,3 %	7	1,1 %	3	0,5 %	2	0,3 %	14	2,2 %	6,1 %
Armenien	1	0,2 %	4	0,7 %	3	0,5 %	9	1,6 %	17	3,0 %	4,8 %
Ukraine	-	-	5	1,6 %	3	1,0 %	-	-	8	2,5 %	7,0 %
Belarus	1	0,4 %	9	3,7 %	-	-	2	0,8 %	12	4,9 %	16,9 %

01.01. – 31.08.2022			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.479	1,0 %	1,3 %
darunter Familienschutz	440	0,3 %	0,4 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 Absatz 1 AsylG)	26.413	17,5 %	22,6 %
darunter Familienschutz	18.459	12,2 %	15,8 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG	54	0,0 %	0,0 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG	32.616	21,6 %	27,9 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG	507	0,3 %	0,4 %
§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	5.128	3,4 %	4,4 %
Summe subsidiärer Schutz	38.305	25,3 %	32,8 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 Absatz 5 AufenthG	17.381	11,5 %	14,9 %
§ 60 Absatz 7 AufenthG	191	0,1 %	0,2 %
Summe Abschiebungsverbot	17.572	11,6 %	15,0 %
Gesamtsschutz	83.769	55,4 %	71,6 %

1. Halbjahr 2022	Asyl- berechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftslän- der gesamt	1.211	1,1 %	19.567	17,8 %	27.839	25,3 %	10.298	9,3 %	58.915	53,5 %	70,5 %
darunter:											
Syrien	98	0,3 %	8.425	22,2 %	25.580	67,4 %	147	0,4 %	34.250	90,3 %	99,9 %
Afghanistan	549	3,4 %	2.751	16,8 %	558	3,4 %	8.517	52,0 %	12.375	75,5 %	98,9 %
Irak	8	0,1 %	1.544	13,4 %	395	3,4 %	580	5,0 %	2.527	21,9 %	28,6 %
Türkei	170	3,4 %	1.385	27,5 %	40	0,8 %	18	0,4 %	1.613	32,0 %	38,3 %
Georgien	-	-	5	0,2 %	2	0,1 %	10	0,3 %	17	0,6 %	0,7 %
Ungeklärt	52	2,0 %	1.302	48,8 %	261	9,8 %	44	1,7 %	1.659	62,2 %	81,8 %
Somalia	32	1,4 %	1.015	45,4 %	166	7,4 %	189	8,5 %	1.402	62,8 %	83,5 %
Iran	50	2,2 %	568	24,8 %	51	2,2 %	29	1,3 %	698	30,5 %	47,8 %
Eritrea	30	1,5 %	1.396	69,3 %	195	9,7 %	57	2,8 %	1.678	83,3 %	92,0 %
Moldau	-	-	1	0,0 %	-	-	5	0,2 %	6	0,2 %	0,6 %
Nigeria	8	0,4 %	107	4,7 %	14	0,6 %	118	5,2 %	247	10,8 %	17,9 %
Venezuela	12	1,8 %	23	3,4 %	18	2,6 %	148	21,8 %	201	29,6 %	31,1 %
Russische Föderation	39	2,9 %	61	4,5 %	42	3,1 %	16	1,2 %	158	11,7 %	21,6 %
Albanien	-	-	3	0,2 %	1	0,1 %	4	0,3 %	8	0,6 %	1,0 %
Nord- mazedonien	-	-	2	0,1 %	1	0,0 %	9	0,4 %	12	0,5 %	1,0 %
Bosnien und Herzegowina	1	0,1 %	1	0,1 %	-	-	-	-	2	0,2 %	0,5 %
Ghana	-	-	3	1,2 %	-	-	6	2,5 %	9	3,7 %	5,6 %
Kosovo	-	-	-	-	1	0,5 %	6	2,8 %	7	3,2 %	7,1 %
Montenegro	-	-	-	-	1	0,4 %	-	-	1	0,4 %	0,8 %
Senegal	-	-	2	2,2 %	2	2,2 %	3	3,4 %	7	7,9 %	17,9 %
Serbien	-	-	-	-	-	-	7	0,5 %	7	0,5 %	1,0 %
Algerien	1	0,1 %	7	0,6 %	3	0,3 %	1	0,1 %	12	1,1 %	3,6 %
Marokko	-	-	15	2,2 %	14	2,1 %	4	0,6 %	33	4,9 %	12,4 %
Tunesien	1	0,2 %	5	1,1 %	2	0,4 %	2	0,4 %	10	2,1 %	5,8 %
Armenien	-	-	3	0,7 %	2	0,5 %	9	2,1 %	14	3,3 %	5,1 %
Ukraine	-	-	4	1,5 %	2	0,7 %	-	-	6	2,2 %	5,3 %
Belarus	1	0,6 %	9	5,4 %	-	-	2	1,2 %	12	7,1 %	23,5 %

1. Halbjahr 2022			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.211	1,1 %	1,4 %
darunter Familienschutz	353	0,3 %	0,4 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 Absatz 1 AsylG)	19.567	17,8 %	23,4 %
darunter Familienschutz	14.109	12,8 %	16,9 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG	33	0,0 %	0,0 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG	23.713	21,5 %	28,4 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG	408	0,4 %	0,5 %
§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	3.685	3,3 %	4,4 %
Summe subsidiärer Schutz	27.839	25,3 %	33,3 %
Abschiebungsverbot nach			

1. Halbjahr 2022			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
§ 60 Absatz 5 AufenthG	10.134	9,2 %	12,1 %
§ 60 Absatz 7 AufenthG	164	0,1 %	0,2 %
Summe Abschiebungsverbot	10.298	9,3 %	12,3 %
Gesamtschutz	58.915	53,5 %	70,5 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können den folgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.08.2022 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	5
Antrag nicht weiter bearbeitet	4
Einstellung wegen § 33 Absätze 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG nicht erforderlich, Dublin	3.468
sonstige Einstellung	161
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	2.451
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG)	14.172
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 3 AsylG)	3.823
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 4 AsylG)	7
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	5
Unzulässig (kein Zweitverfahren § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	1.203

1. Halbjahr 2022 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	2
Antrag nicht weiter bearbeitet	4
Einstellung wegen § 33 Absätze 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG nicht erforderlich, Dublin	2.579
sonstige Einstellung	136
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	1.950
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG)	11.256
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 3 AsylG)	2.622
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 4 AsylG)	3
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	5
Unzulässig (kein Zweitverfahren § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	986
Unzulässig (kein Folgeverfahren § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	7.015

- c) Beabsichtigt die Bundesregierung, das BAMF anzuweisen, die bereinigte Gesamtschutzquote bei entsprechenden Veröffentlichungen künftig gesondert anzugeben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese im Jahr 2021 mit 63,1 Prozent deutlich höher ausfiel als die vom BAMF und der Bundesregierung verwandte unbereinigte Schutzquote in Höhe von 39,9 Prozent (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) und damit nach Auffassung der Fragestellenden in der Öffentlichkeit ein unzutreffender Eindruck über den Grad der Schutzbedürftigkeit der in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen entstehen könnte (bitte begründen)?

Nein. Es wird zunächst auf die diesbezüglichen Erläuterungen in der Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen. Eine Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung der formellen ablehnenden Entscheidungen würde ein verfälschtes Bild insbesondere hinsichtlich der Bleibeperspektive von Asylbewerbern verursachen und gerade damit in der Öffentlichkeit einen unzutreffenden Eindruck über den Grad der Schutzbedürftigkeit der in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen entstehen lassen. Daher verwendet die Bundesregierung die umfassende Gesamtschutzquote, die von den Fragestellenden unzutreffend als „unbereinigte Schutzquote“ bezeichnet wird.

- d) Beabsichtigt die Bundesregierung, das BAMF anzuweisen, eine neue Verlaufsstatistik einzuführen, durch die erkennbar wird, wie viele der in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens einen Schutzstatus erhalten haben, d. h. unter Berücksichtigung korrigierender Gerichtsentscheidungen oder Korrekturen durch das BAMF selbst, vor dem Hintergrund, dass hierzu derzeit keine statistischen Angaben gemacht werden können, es aber in absoluten und relativen Zahlen zu vielen (insbesondere gerichtlichen) Korrekturen von BAMF-Bescheiden kommt (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), sodass die Betrachtung nur der behördlichen Schutzquote nach Auffassung der Fragestellenden ein unzutreffendes Bild über die tatsächliche Schutzbedürftigkeit Asylsuchender vermitteln könnte (bitte begründen)?

Nein. Der aktuellste Schutzstatus eines um Asyl nachsuchenden Menschen – ggf. unter Berücksichtigung korrigierender Gerichtsentscheidungen – sowie das damit verbundene Aufenthaltsrecht sind aus den Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) ersichtlich. Daten über Gerichtsentscheidungen werden zudem anlassbezogen veröffentlicht, z. B. im Rahmen von parlamentarischen Anfragen.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/3201, insbesondere die Antwort zu Frage 24, verwiesen. Eine Verlaufsstatistik und daraus berechnete Quoten wären schon deshalb statistisch nicht belastbar, da gerichtlich angefochtene Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu einem bestimmten Kalenderjahr oft erst im Verlauf der Folgejahre entschieden werden, sodass ggf. verlässliche Daten und Quoten zu den endgültigen Asylentscheidungen zu einem bestimmten Kalenderjahr in keinem Fall zeitnah, sondern ggf. erst mehrere Jahre später ermittelt werden könnten. Schon deshalb wäre die Einführung einer Verlaufsstatistik im Sinne der Fragestellung weder zweckmäßig noch zielführend, sondern würde zu verzerrten Antworten hinsichtlich der jeweiligen Jahreszuordnungen führen.

- e) Beabsichtigt die Bundesregierung, das BAMF anzuweisen, den Anteil der von den Verwaltungsgerichten korrigierten BAMF-Bescheide künftig so zu berechnen und anzugeben, dass sonstige Verfahrenserledigungen der Gerichte bei der Berechnung der Aufhebungsquote unberücksichtigt bleiben, weil diese keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können (siehe Vorbemerkung der Fragesteller und Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), sodass nach Auffassung der Fragestellenden ein falscher Eindruck entstehen könnte, in welchem Ausmaß BAMF-Bescheide nach einer inhaltlichen Überprüfung durch die Gerichte bestätigt bzw. aufgehoben werden (bitte begründen)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 16a der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/1371 verwiesen.

- f) Befürwortet die Bundesregierung eine Änderung der Regelung nach § 14a des Asylgesetzes (AsylG), die dazu führt, dass bei hier geborenen Kindern von Asylsuchenden bzw. von Geduldeten oder von Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (nach einem Asylverfahren) ein Asylantrag von Amts wegen als gestellt gilt, vor dem Hintergrund, dass diese Regelung nach Einschätzung der Fragestellenden zu einem statistischen Anstieg der Zahl Asylsuchender in Deutschland führt, obwohl die hier geborenen Kinder nicht nach Deutschland eingereist sind, sie also nicht dem üblichen Bild „Asylsuchender“ entsprechen, und in aller Regel keine eigenständige inhaltliche Asylprüfung für diese Kinder erfolgt (bitte begründen)?

Bei der Asylstatistik handelt es sich nicht um eine Einreisestatistik, sondern eine Statistik über Asylanträge. Soweit für in Deutschland geborene Kinder ein Asylantrag gestellt wird, geht dies in die Asylstatistik ein.

Durch die Fiktion der Antragstellung für ledige Kinder nach § 14a des Asylgesetzes (AsylG) soll verhindert werden, dass durch sukzessive Asylantragstellung überlange Aufenthaltszeiten in Deutschland ohne aufenthaltsrechtliche Perspektive für die Betroffenen entstehen. Durch die Antragsfiktion wird zeitnah geprüft, ob für das ledige Kind eigenständige Asylgründe vorliegen. Eine Änderung dieser Regelung aus von den Fragestellern genannten Gründen der Asylstatistik ist nicht geplant.

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 AsylG in Anwendung der GFK im ersten Halbjahr 2022 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 AsylG erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2022	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	19.567	14.109	3.284	690	1.659	936
darunter:						
Syrien	8.425	7.782	506	89	63	18
Afghanistan	2.751	856	1.228	318	588	200
Irak	1.544	1.293	43	6	196	108
Türkei	1.385	581	762	98	11	2
Georgien	5	1	0	0	4	4
Ungeklärt	1.302	708	244	31	159	27
Somalia	1.015	566	17	15	386	369
Iran	568	274	261	56	14	10
Eritrea	1.396	1.363	12	5	12	12
Moldau	1	1	0	0	0	0
Nigeria	107	79	1	1	23	22

1. Halbjahr 2022	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon ge- schlechtsspez. Verfolgung		davon ge- schlechtsspez. Verfolgung
Venezuela	23	15	6	0	2	1
Russische Föderation	61	41	20	8	0	0
Albanien	3	3	0	0	0	0
Nord- mazedonien	2	2	0	0	0	0

- b) Wie viele der Anerkennungen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2022	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Absatz 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunfts- länder gesamt	353	84	14.109	7.562	3.685	2.030
darunter:						
Syrien	58	25	7.782	4.256	2.702	1.463
Afghanistan	82	7	856	366	178	81
Irak	7	4	1.293	939	221	142
Türkei	88	15	581	157	28	6
Georgien	0	0	1	1	2	0
Ungeklärt	8	0	708	334	117	63
Somalia	4	1	566	309	92	57
Iran	22	4	274	114	14	3
Eritrea	21	9	1.363	702	154	120
Moldau	0	0	1	1	0	0
Nigeria	3	2	79	59	11	11
Venezuela	2	1	15	1	0	0
Russische Föderation	8	2	41	15	23	5
Albanien	0	0	3	1	1	1
Nord- mazedonien	0	0	2	1	0	0

- c) Wie viele der Asylsuchenden verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie in der Antwort zu Frage 2c auf Bundestagsdrucksache 20/432 differenzieren)?

Zum Stichtag 30. Juni 2022 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 10 887 Personen erfasst, die im ersten Halbjahr 2022 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen.

3 686 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten im ersten Halbjahr 2022. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2022
Gesamt	10.887
davon:	
Aufenthaltserlaubnis – familiäre Gründe	4.528
Aufenthaltserlaubnis völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	784
Aufenthaltserlaubnis – Erwerbstätigkeit	23
Aufenthaltserlaubnis – Ausbildung	156
Aufenthaltserlaubnis – Besondere Aufenthaltsrechte	128
EU-Aufenthaltsrechte	3
Duldungen	5.265

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2022
alle Staatsangehörigkeiten	10.887
darunter:	
Syrien	4.110
Afghanistan	2.443
Irak	500
Ungeklärt	461
Somalia	371
Eritrea	359
Iran	344
Türkei	321
Ukraine	188
Nigeria	174

Asylantragstellung während ein gültiger Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten vorlag	1. Halbjahr 2022
Gesamt	3.686
davon:	
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	2.108
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	101

Asylantragstellung während ein gültiger Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten vorlag	1.Halbjahr 2022
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	551
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	16
nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG (Altfall – Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	5
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	711
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	194

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30.06.2022	Anzahl Personen
Gesamt	85.159
davon:	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	1.231
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	4.113
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	34.526
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	37.531
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	7.244
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	514

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30.06.2022	Anzahl Personen
Gesamt	85.159
darunter:	
Syrien	51.331
Irak	9.422
Türkei	3.897
Afghanistan	3.522
Ungeklärt	2.922
Pakistan	2.642
Iran	2.579
Staatenlos	1.835
Somalia	1.329
Eritrea	1.094

- d) Wie hoch waren im ersten Halbjahr 2022 die bereinigten Schutzquoten, wenn Verfahren, die zu einer Anerkennung im Rahmen des Familienasyls bzw. des Familienschutzes führten, nicht berücksichtigt werden (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und zudem nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne Quoten) für das erste Halbjahr 2022 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2022	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz
Alle HKL	858	1.211	5.458	19.567	24.154	27.839
Syrien	40	98	643	8.425	22.878	25.580
Afghanistan	467	549	1.895	2.751	380	558
Irak	1	8	251	1.544	174	395
Türkei	82	170	804	1.385	12	40
Georgien	-	-	4	5	-	2
Ungeklärt	44	52	594	1.302	144	261
Somalia	28	32	449	1.015	74	166
Iran	28	50	294	568	37	51
Eritrea	9	30	33	1.396	41	195
Moldau	-	-	-	1	-	-
Nigeria	5	8	28	107	3	14
Venezuela	10	12	8	23	18	18
Russische Föderation	31	39	20	61	19	42
Albanien	-	-	-	3	-	1
Nordmazedonien	-	-	-	2	1	1

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/28109 verwiesen.

3. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im ersten Halbjahr 2022 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform wie in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Die Überprüfung der Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das erste Halbjahr 2022 ist noch nicht abgeschlossen.

Hinsichtlich Vorgehensweise und Kriterien wird auf die Ausführungen in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/2309 verwiesen.

4. Bei wie vielen Asylentscheidungen hat das BAMF seit der statistischen Erfassung dieser Daten einen subsidiären Schutzstatus nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 2 bzw. Nummer 3 AsylG erteilt (bitte in absoluten und relativen Zahlen nach Jahren auflisten und für die zehn Herkunftsstaaten, auf die seit der statistischen Erfassung dieser Daten die meisten subsidiären Schutzstatus entfallen sind, ebenfalls nach den drei Nummern und nach Jahren differenziert darstellen)?

Liegen genauere statistische Angaben dazu vor, nach welchen Nummern des § 4 Absatz 1 AsylG subsidiäre Schutzstatus durch die Gerichte angeordnet wurden, und wenn ja, wie lauten diese Daten für die Jahre, seitdem dies erfasst wird (bitte wie zuvor differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Asylentscheidungen BAMF:

Jahr 2014	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	73	1,6 %	1.363	30,0 %	3.101	68,3 %	4.537
darunter:							
Syrien	38	1,2 %	528	16,8 %	2.570	82,0 %	3.136
Afghanistan	10	3,4 %	226	75,8 %	62	20,8 %	298
Ungeklärt	8	3,5 %	86	37,2 %	137	59,3 %	231
Somalia	2	1,0 %	184	88,5 %	22	10,6 %	208
Eritrea	12	5,9 %	189	93,1 %	2	1,0 %	203
Staatenlos	0	0,0 %	68	34,2 %	131	65,8 %	199
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	1	0,8 %	25	20,3 %	97	78,9 %	123
Irak	0	0,0 %	18	19,6 %	74	80,4 %	92
Iran	2	5,0 %	38	95,0 %	0	0,0 %	40
Jemen	0	0,0 %	1	14,3 %	6	85,7 %	7

Jahr 2015	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	26	2,1 %	781	62,5 %	442	35,4 %	1.249
darunter:							
Eritrea	1	0,3 %	340	99,1 %	2	0,6 %	343
Afghanistan	14	4,9 %	182	63,4 %	91	31,7 %	287
Irak	4	1,5 %	19	7,1 %	246	91,4 %	269
Somalia	1	0,4 %	203	81,2 %	46	18,4 %	250
Jemen	0	0,0 %	15	45,5 %	18	54,5 %	33
Syrien	1	3,3 %	3	10,0 %	26	86,7 %	30
Iran	5	25,0 %	15	75,0 %	0	0,0 %	20
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	0	0,0 %	3	21,4 %	11	78,6 %	14
Ungeklärt	0	0,0 %	1	33,3 %	2	66,7 %	3
Staatenlos	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2016	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	593	0,4 %	8.834	5,8 %	142.284	93,8 %	151.711
darunter:							
Syrien	291	0,2 %	230	0,2 %	120.524	99,6 %	121.045
Irak	36	0,3 %	1.071	9,9 %	9.733	89,8 %	10.840
Ungeklärt	22	0,4 %	70	1,2 %	5.948	98,5 %	6.040
Afghanistan	131	2,3 %	3.157	55,0 %	2.455	42,7 %	5.743
Eritrea	16	0,4 %	3.177	87,9 %	422	11,7 %	3.615
Staatenlos	2	0,1 %	16	0,7 %	2.228	99,2 %	2.246
Somalia	16	1,5 %	917	85,1 %	145	13,5 %	1.078
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	7	1,1 %	13	2,0 %	639	97,0 %	659
Iran	54	22,4 %	178	73,9 %	9	3,7 %	241
Jemen	18	8,8 %	5	2,5 %	181	88,7 %	204

Jahr 2017	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	291	0,3 %	15.318	17,3 %	72.882	82,4 %	88.491
darunter:							
Syrien	63	0,1 %	191	0,4 %	51.854	99,5 %	52.108
Irak	26	0,2 %	1.633	12,0 %	11.926	87,8 %	13.585
Eritrea	22	0,3 %	6.781	96,3 %	240	3,4 %	7.043
Afghanistan	93	1,5 %	4.188	65,4 %	2.119	33,1 %	6.400
Somalia	26	0,6 %	1.733	42,5 %	2.320	56,9 %	4.079
Ungeklärt	9	0,4 %	152	6,3 %	2.238	93,3 %	2.399
Staatenlos	0	0,0 %	76	7,1 %	996	92,9 %	1.072
Jemen	4	0,6 %	16	2,3 %	672	97,1 %	692
Iran, Islamische Republik	45	7,6 %	536	90,5 %	11	1,9 %	592
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten.	3	0,6 %	12	2,3 %	506	97,1 %	521

Jahr 2018	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	40	0,2 %	3.561	17,3 %	17.041	82,6 %	20.642
darunter:							
Syrien	20	0,1 %	102	0,7 %	15.211	99,2 %	15.333
Eritrea	5	0,2 %	2.531	98,8 %	25	1,0 %	2.561
Somalia	3	0,5 %	192	31,3 %	419	68,2 %	614
Afghanistan	3	0,6 %	410	80,7 %	95	18,7 %	508
Jemen	0	0,0 %	2	0,4 %	493	99,6 %	495
Irak	0	0,0 %	167	34,4 %	318	65,6 %	485
Ungeklärt	1	0,3 %	16	4,6 %	332	95,1 %	349

Jahr 2018	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatenlos	0	0,0 %	2	1,4 %	146	98,6 %	148
Iran	8	5,4 %	139	94,6 %	0	0,0 %	147
sonstige asiatische Staatsangehörig- keiten	0	0,0 %	0	0,0 %	2	100,0 %	2

Jahr 2019	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkei- ten gesamt	12	0,1 %	1.861	13,6 %	11.809	86,3 %	13.682
darunter:							
Syrien	7	0,1 %	787	6,7 %	10.911	93,2 %	11.705
Jemen	0	0,0 %	10	1,7 %	578	98,3 %	588
Eritrea	1	0,2 %	549	98,9 %	5	0,9 %	555
Ungeklärt	1	0,5 %	15	7,7 %	179	91,8 %	195
Irak	0	0,0 %	131	69,7 %	57	30,3 %	188
Afghanistan	1	0,6 %	146	82,5 %	30	16,9 %	177
Somalia	0	0,0 %	115	94,3 %	7	5,7 %	122
Iran	2	1,8 %	108	98,2 %	0	0,0 %	110
Staatenlos	0	0,0 %	0	0,0 %	40	100,0 %	40
sonstige asiatische Staatsangehörig- keiten.	0	0,0 %	0	0,0 %	2	100,0 %	2

Jahr 2020	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkei- ten gesamt	10	0,1 %	7.923	60,1 %	5.240	39,8 %	13.173
darunter:							
Syrien.	2	0,0 %	6.880	58,8 %	4.819	41,2 %	11.701
Eritrea	0	0,0 %	354	100,0 %	0	0,0 %	354
Afghanistan	0	0,0 %	207	79,6 %	53	20,4 %	260
Jemen	1	0,4 %	18	6,9 %	240	92,7 %	259
Ungeklärt	0	0,0 %	94	51,4 %	89	48,6 %	183
Iran	6	4,2 %	136	95,1 %	1	0,7 %	143
Irak	1	0,7 %	124	88,6 %	15	10,7 %	140
Somalia	0	0,0 %	85	89,5 %	10	10,5 %	95
Staatenlos	0	0,0 %	25	65,8 %	13	34,2 %	38
sonstige asiatische Staatsangehörig- keiten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2021	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	11	0,1 %	16.366	96,7 %	540	3,2 %	16.917
darunter:							
Syrien	6	0,0 %	15.522	97,5 %	388	2,4 %	15.916
Afghanistan	2	0,9 %	188	88,3 %	23	10,8 %	213
Ungeklärt	0	0,0 %	177	91,7 %	16	8,3 %	193
Eritrea	0	0,0 %	162	100,0 %	0	0,0 %	162
Jemen	0	0,0 %	28	21,4 %	103	78,6 %	131
Irak	0	0,0 %	118	93,7 %	8	6,3 %	126
Iran	2	2,7 %	72	97,3 %	0	0,0 %	74
Somalia	1	1,4 %	71	95,9 %	2	2,7 %	74
Staatenlos	0	0,0 %	28	100,0 %	0	0,0 %	28
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

01.01. – 31.08.2022	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	54	0,2 %	32.382	98,3 %	500	1,5 %	32.936
darunter:							
Syrien	46	0,1 %	30.964	99,3 %	187	0,6 %	31.197
Afghanistan	6	0,8 %	706	98,9 %	2	0,3 %	714
Jemen	0	0,0 %	43	14,1 %	261	85,9 %	304
Irak	0	0,0 %	222	86,0 %	36	14,0 %	258
Ungeklärt	0	0,0 %	204	94,0 %	13	6,0 %	217
Somalia	0	0,0 %	122	99,2 %	1	0,8 %	123
Iran	2	3,2 %	60	96,8 %	0	0,0 %	62
Eritrea	0	0,0 %	49	100,0 %	0	0,0 %	49
Staatenlos	0	0,0 %	12	100,0 %	0	0,0 %	12
sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

## Gerichtsentscheidungen:

Jahr 2014	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	30	10,6 %	146	51,8 %	106	37,6 %	282
darunter:							
Afghanistan	15	8,7 %	115	66,9 %	42	24,4 %	172
Somalia	11	16,7 %	9	13,6 %	46	69,7 %	66
Irak	1	4,8 %	2	9,5 %	18	85,7 %	21
Iran	3	20,0 %	12	80,0 %	0	0,0 %	15
Russische Föderation	0	0,0 %	4	100,0 %	0	0,0 %	4

Jahr 2014	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Syrien	0	0,0 %	3	100,0 %	0	0,0 %	3
Ungeklärt	0	0,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	1
Eritrea	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Libyen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Ukraine	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2015	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	40	18,0 %	117	52,7 %	65	29,3 %	222
darunter:							
Afghanistan	10	10,1 %	81	81,8 %	8	8,1 %	99
Somalia	19	21,8 %	17	19,5 %	51	58,6 %	87
Russische Föderation	9	37,5 %	14	58,3 %	1	4,2 %	24
Irak	0	0,0 %	3	42,9 %	4	57,1 %	7
Iran	2	50,0 %	2	50,0 %	0	0,0 %	4
Ungeklärt	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	1
Eritrea	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Libyen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Syrien	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Ukraine	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2016	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	52	14,1 %	148	40,0 %	170	45,9 %	370
darunter:							
Afghanistan	15	8,9 %	104	61,5 %	50	29,6 %	169
Somalia	25	17,2 %	21	14,5 %	99	68,3 %	145
Syrien	5	26,3 %	0	0,0 %	14	73,7 %	19
Russische Föderation	0	0,0 %	13	100,0 %	0	0,0 %	13
Irak	0	0,0 %	2	28,6 %	5	71,4 %	7
Iran	1	14,3 %	6	85,7 %	0	0,0 %	7
Libyen	3	60,0 %	0	0,0 %	2	40,0 %	5
Ungeklärt	2	66,7 %	1	33,3 %	0	0,0 %	3
Eritrea	1	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1
Ukraine	0	0,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	1

Jahr 2017	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	219	11,0 %	1.143	57,4 %	630	31,6 %	1.992
darunter:							

Jahr 2017	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Afghanistan	149	12,2 %	894	73,3 %	177	14,5 %	1.220
Somalia	21	7,4 %	59	20,8 %	204	71,8 %	284
Irak	36	18,3 %	76	38,6 %	85	43,1 %	197
Syrien	0	0,0 %	3	2,1 %	138	97,9 %	141
Russische Föderation	4	6,9 %	53	91,4 %	1	1,7 %	58
Eritrea	4	16,0 %	19	76,0 %	2	8,0 %	25
Libyen	4	16,0 %	7	28,0 %	14	56,0 %	25
Ungeklärt	0	0,0 %	14	73,7 %	5	26,3 %	19
Iran, Islamische Republik	1	5,9 %	12	70,6 %	4	23,5 %	17
Ukraine	0	0,0 %	6	100,0 %	0	0,0 %	6

Jahr 2018	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörig- keiten gesamt	235	9,9 %	1.471	62,0 %	667	28,1 %	2.373
darunter:							
Afghanistan	137	9,7 %	1.060	75,3 %	210	14,9 %	1.407
Irak	41	8,6 %	208	43,6 %	228	47,8 %	477
Somalia	28	12,8 %	63	28,8 %	128	58,4 %	219
Eritrea	7	10,0 %	60	85,7 %	3	4,3 %	70
Syrien	0	0,0 %	1	1,6 %	62	98,4 %	63
Libyen	9	19,6 %	14	30,4 %	23	50,0 %	46
Ungeklärt	3	8,6 %	19	54,3 %	13	37,1 %	35
Russische Föderation	10	28,6 %	25	71,4 %	0	0,0 %	35
Iran	0	0,0 %	18	100,0 %	0	0,0 %	18
Ukraine	0	0,0 %	3	100,0 %	0	0,0 %	3

Jahr 2019	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörig- keiten gesamt	69	3,3 %	1.441	68,8 %	583	27,9 %	2.093
darunter:							
Afghanistan	24	2,5 %	783	81,1 %	158	16,4 %	965
Irak	12	2,0 %	341	57,3 %	242	40,7 %	595
Somalia	3	1,3 %	123	52,8 %	107	45,9 %	233
Eritrea	3	3,4 %	81	91,0 %	5	5,6 %	89
Russische Föderation	3	5,2 %	52	89,7 %	3	5,2 %	58
Libyen	16	32,0 %	7	14,0 %	27	54,0 %	50
Ungeklärt	1	2,2 %	20	44,4 %	24	53,3 %	45
Iran	5	14,7 %	28	82,4 %	1	2,9 %	34
Syrien	2	8,3 %	6	25,0 %	16	66,7 %	24
Ukraine	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2020	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	31	2,4 %	978	74,3 %	308	23,4 %	1.317
darunter:							
Afghanistan	12	2,0 %	486	79,8 %	111	18,2 %	609
Irak	10	3,4 %	273	92,5 %	12	4,1 %	295
Eritrea	3	2,8 %	104	97,2 %	0	0,0 %	107
Somalia	4	4,4 %	50	55,6 %	36	40,0 %	90
Libyen	0	0,0 %	5	5,7 %	83	94,3 %	88
Ungeklärt	1	1,3 %	19	24,7 %	57	74,0 %	77
Iran	1	5,0 %	18	90,0 %	1	5,0 %	20
Russische Föderation	0	0,0 %	19	100,0 %	0	0,0 %	19
Syrien	0	0,0 %	4	33,3 %	8	66,7 %	12
Ukraine	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0

Jahr 2021	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	41	4,2 %	752	77,8 %	174	18,0 %	967
darunter:							
Afghanistan	14	3,6 %	302	78,4 %	69	17,9 %	385
Irak	12	6,2 %	168	86,2 %	15	7,7 %	195
Eritrea	3	2,2 %	133	97,8 %	0	0,0 %	136
Somalia	1	1,3 %	37	48,7 %	38	50,0 %	76
Russische Föderation	1	1,8 %	54	96,4 %	1	1,8 %	56
Ungeklärt	0	0,0 %	19	41,3 %	27	58,7 %	46
Iran	5	12,8 %	30	76,9 %	4	10,3 %	39
Syrien	5	26,3 %	6	31,6 %	8	42,1 %	19
Libyen	0	0,0 %	2	14,3 %	12	85,7 %	14
Ukraine	0	0,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	1

01.01. – 30.06.2022	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	28	4,9 %	289	50,3 %	257	44,8 %	574
darunter:							
Ukraine	0	0,0 %	0	0,0 %	218	100,0 %	218
Irak	6	7,9 %	69	90,8 %	1	1,3 %	76
Afghanistan	2	2,9 %	66	94,3 %	2	2,9 %	70
Eritrea	6	11,1 %	46	85,2 %	2	3,7 %	54
Russische Föderation	3	6,1 %	46	93,9 %	0	0,0 %	49
Iran	3	8,1 %	34	91,9 %	0	0,0 %	37
Ungeklärt	0	0,0 %	8	25,8 %	23	74,2 %	31
Syrien	4	18,2 %	12	54,5 %	6	27,3 %	22

01.01. – 30.06.2022	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG		subsidiärer Schutz Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Somalia	1	9,1 %	6	54,5 %	4	36,4 %	11
Libyen	3	50,0 %	2	33,3 %	1	16,7 %	6

5. Wie erklären fachkundige Bedienstete des BAMF, dass das BAMF im Jahr 2014 mehr Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 7 AufenthG anerkannte (1 090) als nach § 60 Absatz 5 AufenthG (987), während in den Folgejahren, insbesondere ab 2016, sich dieses Verhältnis umgedreht hat (Beispiel 2021: 335 Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 7 AufenthG, 4 452 nach § 60 Absatz 5 AufenthG; vgl. Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/2309), und dass es bei den Gerichtsentscheidungen eine ähnliche Entwicklung gab, wobei hier erst ab 2017 Abschiebungshindernisse nach § 60 Absatz 5 AufenthG überwogen (bitte ausführen)?

Die Entwicklung der Quoten bei den Abschiebungsverböten nach § 60 Absatz 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) steht im Zusammenhang mit der Änderung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) in seinem Urteil vom 13. Juni 2013, 10 C 13.12. In dieser Entscheidung hat das BVerwG seine bisherige Rechtsprechung, wonach bei § 60 Absatz 5 AufenthG nur Gefahren für Leib und Leben zu berücksichtigen seien, die seitens eines Staates oder einer staatsähnlichen Organisation drohen, aufgegeben.

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) berücksichtigend, können in als „sehr außergewöhnliche Fälle“ („very exceptional cases“) bezeichneten Konstellationen allgemeine Gefahren, wie das fehlende Existenzminimum im Zielstaat, zu einem Abschiebungsverbot führen (EGMR, Urteil vom 29. Januar 2013, Nummer 60367/10, S.H.H. v. UK; Urteil vom 28. November 2011, Nummer 8319/07 und 11449/07, Sufi/Elmi v. UK). Schlechte humanitäre Bedingungen können als solche daher unter besonderen Voraussetzungen ausnahmsweise als eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, d. h. als Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu bewerten sein.

Im Übrigen, lässt sich das Verhältnis der Entscheidung nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG aufgrund der stark ansteigenden Entscheidungszahlen ab 2015 nicht unmittelbar mit den Entscheidungen im Jahr 2014 vergleichen.

6. Was konkret hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat bislang unternommen bzw. geplant, um die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/DIE Grünen und FDP umzusetzen, der gemäß für queere Verfolgte Asylverfahren überprüft werden sollten (z. B. „[...] Beurteilung der Verfolgungswahrscheinlichkeit bei Rückkehr [...]“ – zitiert nach: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), Zeile 4026 ff.; bitte die Maßnahmen im Einzelnen mit Datum darlegen)?

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) überprüft die Entscheidungspraxis des BAMF bei einem Sachvortrag zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität im Rahmen der Fachaufsicht und nimmt, soweit erforderlich, Anpassungen vor. Diese Prüfung hat das BMI entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag vertieft. Die Überprüfung der Entscheidungspraxis ist ein fortlaufender Prozess, sodass die im Weiteren aufgeführten Maßnahmen nicht abschließend sind.

Das BAMF schult und sensibilisiert auch unter Einbindung von Nichtregierungsorganisationen die Entscheiderinnen und Entscheider auch zum Thema sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. Sofern Antragstellende eine Verfolgungsgefahr im Herkunftsland aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität vortragen, sind nach den internen Vorgaben des BAMF zwingend besonders geschulte Entscheiderinnen und Entscheider, sogenannte Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung, zu beteiligen.

Die Leitsätze zu Herkunftsländern, in denen eine Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität droht, werden sukzessive überprüft. Im Februar 2022 wurden die Leitsätze zum Herkunftsland Iran in Bezug auf die Verfolgungsgefahr aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität angepasst.

Das BAMF erarbeitet derzeit im Austausch mit dem Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) Terminologielisten. Diese sollen den Sprachmittlern zur Verfügung gestellt werden, um die Verwendung von negativ konnotierten Begriffen bei der Anhörung zu vermeiden.

Das Kapitel der Dienstanweisung Asyl zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität wurde umfassend überarbeitet. Die Überarbeitung wurde im BAMF implementiert und trat am 1. Oktober 2022 in Kraft. Die Dienstanweisung stellt insbesondere wie bisher ausdrücklich klar, dass entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bei der Beurteilung der Verfolgungsgefahr und der beachtlichen Wahrscheinlichkeit der eintretenden Verfolgung nach einer Rückkehr von Antragstellenden nicht erwartet werden kann, dass sie bestimmte Verhaltensweisen vermeiden, um einer Verfolgung zu entgehen, die ihnen andernfalls wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität drohen würde. Über die bisherigen Vorgaben hinaus gilt dies zukünftig auch dann, wenn die Antragstellenden in der Anhörung vortragen, dass sie weiterhin aus eigenem freiem Willen und ohne Beeinträchtigung der persönlichen Identität (also nicht aus Angst erzwungen) beabsichtigen, ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im Verborgenen auszuleben. Tragen Antragstellende glaubhaft ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität vor, wird im Rahmen der Gefahrenprognose bei Rückkehr keine Verhaltensprognose mehr durchgeführt, sondern in jedem Fall geprüft, wie die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure auf das offene Leben der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität reagieren.

- a) Kann die Bundesregierung die Auffassung der Fragestellenden bestätigen, dass mit dieser Koalitionsvereinbarung eine Überprüfung der bisherigen Praxis des BAMF angestrebt wird, wonach „bei der Beurteilung einer Verfolgungswahrscheinlichkeit berücksichtigt“ wird, ob Betroffene „vortragen, dass sie weiterhin aus eigenem freien Willen und ohne Beeinträchtigung der persönlichen Identität (also nicht aus Angst erzwungen) beabsichtigen, ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im Verborgenen auszuleben“ (so die Bundesregierung in der Antwort zu Frage 8a auf Bundestagsdrucksache 20/2309), wenn nein, wie ist nach Auffassung der Bundesregierung diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag sonst zu verstehen (bitte darlegen)?

Ja.

- b) Wie ist der vom Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD) mit einer Pressemitteilung vom 15. August 2022 öffentlich gemachte Einzelfall der drohenden Abschiebung eines geoutet lebenden Schwulen, dem nach Ansicht der Fragestellenden in Algerien Haft und Verfolgung drohen (<https://www.lsvd.de/de/ct/7479-Schwuler-Aktivist-so-ll-in-den-Verfolgerstaat-Algerien-zurueckkehren>) und von dem ein Vertreter der AIDS-Hilfe Frankfurt erklärte, der Betroffene habe seine Homosexualität schon in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht versteckt, mit den internen Vorgaben im BAMF vereinbar, wonach bei der Prüfung der Verfolgungswahrscheinlichkeit berücksichtigt werden soll, ob die Person „weiterhin aus freiem Willen“ ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität „im Verborgenen“ ausleben wolle (vgl. Antwort zu Frage 8a auf Bundestagsdrucksache 20/2309)?

Wurde seitens des BAMF im Verlauf der öffentlichen Verhandlung erwogen, eine Abhilfeszusage abzugeben, nachdem – so die Schilderung in der taz (<https://taz.de/Prozess-in-Frankfurt/15875336/>) – deutlich wurde, dass der Betroffene sich offen und öffentlich zu seiner Homosexualität bekannt und zur Verfolgung von LSBTI-Menschen in Algerien Stellung bezogen hat, zumal eine Ablehnung der Klage droht, weil der Richter in einem ersten Urteil, das er weiter für richtig halte, die Auffassung vertreten haben soll, es sei einem Homosexuellen zuzumuten, in seinem Herkunftsland unauffällig zu leben, um einer möglichen Verfolgung zu entgehen – was nach Auffassung der Fragestellenden sowohl der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) als auch den internen Vorgaben des BAMF widerspricht (bitte begründen)?

Zu konkreten Einzelfällen und gerichtlichen Entscheidungen nimmt das BMI keine Stellung.

- c) Inwieweit wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 7. November 2013 in der Rechtssache C-199/12 bis C-201/12 vom BAMF ausreichend umgesetzt, wenn die Bundesregierung hierzu erklärt, dass „von Antragstellenden nicht erwartet werden kann, dass sie bestimmte Verhaltensweisen vermeiden, um einer Verfolgung zu entgehen“ (Antwort zu Frage 8c auf Bundestagsdrucksache 20/2309 – was nach Auffassung der Fragestellenden eher der falschen und inzwischen korrigierten Übersetzung des Urteils entspricht, vgl. <https://www.lsvd.de/de/ct/6009-asylrecht-bei-homo-und-bisexuellen-gefuechteten-darf-nicht-von-diskretem-leben-ausgegangen-werden#neue-korrekte-uebersetzung>, dort insbesondere Nummer 6), während durch die Übersetzungskorrektur des EuGH klargestellt wurde, dass „die zuständigen Behörden vernünftigerweise nicht erwarten (können), dass der Asylbewerber seine Homosexualität in seinem Herkunftsland geheim hält oder Zurückhaltung beim Ausleben seiner sexuellen Ausrichtung übt, um die Gefahr einer Verfolgung zu vermeiden“ – was nach Auffassung der Fragestellenden bedeutet, dass Asylbehörden bei der Gefährdungsprüfung nicht davon ausgehen können, dass Betroffene sich nach einer Rückkehr „bedeckt“ halten würden, und zwar auch dann nicht, wenn ihr bisheriges Verhalten und/oder ihr Vortrag dies nahelegen könnten, zumal es auch zu einer Änderung dieser Haltung kommen kann (bitte begründet ausführen)?
- d) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragestellenden, dass die benannte Übersetzungskorrektur des EuGH die in Frage 6c genannte inhaltliche Bedeutung hat und dass dafür die vom EuGH in den Randnummern 74 und 75 des genannten Urteils gemachten Ausführungen sprechen (vgl. erneut <https://www.lsvd.de/de/ct/6009-asylrecht-bei-homo-und-bisexuellen-gefuechteten-darf-nicht-von-diskretem-leben-ausgegangen-werden#neue-korrekte-uebersetzung>), wonach es „unbeachtlich“ sei, ob Betroffene eine Verfolgung durch ein zurückhaltendes Verhalten vermeiden könnten (bitte begründen)?

- e) Was entgegnet die Bundesregierung der Kritik des LSVD, wonach das „Problem bei Diskretionsprognosen“ sei, dass das BAMF davon ausgehe, „dass es queere Menschen gäbe, die aus einem inneren Bedürfnis heraus ein lebenslanges Doppelleben führen wollten“ ([https://www.migazin.de/2022/08/02/queere-gefluechtete-wenn-verhalten-abschiebung/?utm\\_source=mailpoet&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=MIGLETTER](https://www.migazin.de/2022/08/02/queere-gefluechtete-wenn-verhalten-abschiebung/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=MIGLETTER))?

Die Fragen 6c bis 6e werden gemeinsam beantwortet.

Sowohl vor der Korrektur des Übersetzungsfehlers als auch danach hat das BAMF die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 7. November 2013, C-199/12 bis C-201/12 in den internen Vorgaben umgesetzt.

Die Korrektur des Übersetzungsfehlers hat insoweit zu keiner inhaltlichen Änderung geführt. Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 8c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/2309 verwiesen. Im Übrigen wurden die internen Vorgaben dahingehend angepasst, dass zukünftig bei einem glaubwürdigen und glaubhaften Vortrag zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität in jedem Fall der Gefahrenprognose bei Rückkehr die Annahme zugrunde zu legen ist, dass die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität bei Rückkehr offen gelebt wird.

- f) Wird das Bundesministerium des Innern und für Heimat vor dem Hintergrund der obigen Fragen eine erneute Prüfung des genannten EuGH-Urteils vornehmen bzw. veranlassen und für eine entsprechende geänderte Entscheidungspraxis des BAMF in Bezug auf die „Diskretionsprognose“ bei queeren Asylsuchenden sorgen (bitte begründen)?

Die Prüfung hat bereits mit dem Ergebnis stattgefunden, dass die Dienstanweisung angepasst wurde. Zu dem Inhalt der Anpassung wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

Jahr 2020	Entscheidungen			
	gesamt	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sicheren Drittstaat
Gesamtergebnis	1.241	524	25	9
davon				
Afghanistan	313	128	2	1
Syrien	228	0	4	0
Guinea	128	77	0	0
Somalia	105	27	14	1
Irak	104	68	1	1
Eritrea	35	3	0	4
Iran	32	20	0	0
Gambia	26	17	1	0
Türkei	26	24	0	0
Marokko	25	21	0	1
Albanien	19	18	0	0
Ungeklärt	18	5	0	0
Pakistan	17	14	1	0
Angola	13	7	0	0
Äthiopien	13	6	1	0

7. Wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gegenüber unbegleiteten Minderjährigen gab es im Jahr 2020, 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2022 (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie wird konkret mit Fällen umgegangen, in denen, wie die Fragestellenden aus den Antworten der Bundesregierung zu Frage 9a auf Bundestagsdrucksache 20/2309 und zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/432 schließen, möglicherweise in der Vergangenheit eine Abschiebungsandrohung gegenüber unbegleiteten Minderjährigen erfolgte, obwohl zuvor nicht intensiviert geprüft worden war, ob konkrete Aufnahmemöglichkeiten im Herkunftsstaat bestehen, bzw. in denen es keine Aufnahmemöglichkeit gab, vor dem Hintergrund, dass solche Abschiebungsandrohungen nach Auffassung der Fragestellenden mit EU-Recht bzw. mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 unvereinbar sind (so wohl auch die Bundesregierung in der Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 20/2309, ohne jedoch auf die vorherige Praxis des BAMF einzugehen; bitte ausführen)?

Welche Absprachen oder Verständigungen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern gibt es gegebenenfalls zu der Frage, inwieweit in Fällen, bei denen es keine konkreten Aufnahmemöglichkeiten im Herkunftsland für unbegleitete Minderjährige gibt, Aufenthaltserlaubnisse statt bloßer Duldungen erteilt werden sollen (bitte ausführen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2021	Entscheidungen			
	gesamt	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sicheren Drittstaat
Gesamtergebnis	1.320	324	16	2
davon				
Syrien	528	0	9	2
Afghanistan	378	106	1	0
Somalia	68	16	5	0
Irak	63	39	0	0
Guinea	58	40	0	0
Eritrea	21	6	1	0
Iran	19	11	0	0
Marokko	17	15	0	0
Algerien	16	14	0	0
Pakistan	16	9	0	0
Gambia	15	9	0	0
Ungeklärt	15	2	0	0
Türkei	12	10	0	0
Äthiopien	8	1	0	0
Angola	7	5	0	0
01.01. – 31.08. 2022	Entscheidungen			
	gesamt	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sicheren Drittstaat
Gesamtergebnis	2.067	168	20	6
davon				
Afghanistan	939	3	1	3
Syrien	738	0	14	2
Somalia	94	16	2	0
Irak	64	41	1	0
Guinea	32	10	0	1
Eritrea	22	6	0	0
Pakistan	20	13	0	0

Jahr 2021	Entscheidungen			
	gesamt	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sicheren Drittstaat
Türkei	17	14	0	0
Iran	14	8	0	0
Algerien	13	9	0	0
Ungeklärt	12	2	0	0
Côte d'Ivoire	9	2	1	0
Äthiopien	8	2	0	0
Marokko	8	7	0	0
Albanien	6	5	0	0
Benin	6	2	0	0

Das BAMF berücksichtigte bereits vor der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-441/19 in den Fällen, in denen nicht bereits die Anerkennung der Asylberechtigung bzw. Zuerkennung eines internationalen Schutzstatus erfolgte, die besondere Situation von unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen der Prüfung der nationalen Abschiebungsverbote. Die internen Vorgaben des BAMF sehen in diesem Rahmen die Prüfung vor, ob eine Aufnahme in geeigneten Schutzeinrichtungen (Waisenhäuser, karitative Einrichtungen usw.) möglich ist. Diese Prüfung bleibt durch die Entscheidung des EuGH unberührt, da diese nicht die nationalen Abschiebungsverbote betrifft.

Das BAMF prüft im Klageverfahren im Einzelfall bei entsprechenden Anhaltspunkten Abhilfemöglichkeiten aufgrund der Rechtsprechung des EuGH.

Das BMI hat den Ländern seine Rechtsauffassung mitgeteilt, dass die aufenthaltsrechtliche Stellung in Fällen, in denen keine geeignete Aufnahmemöglichkeit im Rückkehrstaat zum maßgeblichen Zeitpunkt des Erlasses der Rückkehrentscheidung besteht, stets nach den Umständen des Einzelfalls zu bewerten ist. Dem unbegleiteten Minderjährigen ist zumindest eine Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG wegen rechtlicher Unmöglichkeit der Abschiebung zu erteilen. Im Ergebnis einer von der Ausländerbehörde vorzunehmenden Einzelfallprüfung kann auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG in Betracht kommen.

8. Ist die Antwort der Bundesregierung zu Frage 10a auf Bundestagsdrucksache 20/2309 so zu verstehen, dass bei der Fallgruppe der jungen gesunden und arbeitsfähigen Männer aus Afghanistan aufgrund der Herkunftsländerleitsätze des BAMF bis zum Mai 2022 im Regelfall (d. h. bis auf besondere Einzelfälle und wenn auch im Übrigen keine Gefahren vorliegen) keine Abschiebungshindernisse anerkannt wurden (etwa mit Verweis auf den „Tagelöhner-Arbeitsmarkt“ in Afghanistan) und deshalb in dieser Fallkonstellation auch keine Abhilfeentscheidungen in laufenden Gerichtsverfahren ergehen sollten (bitte ausführen), und wenn ja, wer trägt hierfür die Verantwortung, und wie wäre das zu begründen angesichts der aus Sicht der Fragestellenden hohen Aufhebungsquote bei inhaltlichen Gerichtsentscheidungen über Afghanistan-Bescheide des BAMF im Jahr 2021 in Höhe von 82 Prozent (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?

Wie der Antwort der Bundesregierung zu Frage 10a der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/2309 zu entnehmen, waren Entscheidungen zu jungen gesunden und arbeitsfähigen Männern aus Afghanistan bis zur Aktualisierung der Herkunftsländerleitsätze vom Mai 2022 nachrangig zu treffen. Aufgrund der Nachrangigkeit war über die Anträge der genannten Fallgruppe bis zum Mai 2022 weit überwiegend nicht zu entschei-

den. Im Regelfall erfolgten die Entscheidungen nach Aufhebung der Nachrangigkeit mit der Maßgabe, dass eine Ablehnung der Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 AufenthG lediglich im Ausnahmefall erfolgen kann. Entsprechend verhielt es sich bei Entscheidungen über Abhilfeanfragen in laufenden Gerichtsverfahren, da die Herkunftsländerleitsätze auch hier – und nicht nur bei Erstentscheidungen – zur Anwendung kommen.

9. Wie war der Ausgang der Asylverfahren bei afghanischen Staatsangehörigen in den Monaten Mai, Juni, Juli und August 2022, in wie vielen Fällen hat das BAMF in diesen Monaten bei noch anhängigen Afghanistan-Verfahren abgeholfen, und welche Angaben liegen zu gerichtlichen Entscheidungen in Afghanistan-Verfahren im bisherigen Jahr 2022 vor (bitte differenziert antworten wie in der Antwort zu Frage 10i auf Bundestagsdrucksache 20/2309)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

HKL Afghanistan	Entscheidungen über Asylanträge								
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Artikel 16a GG u. Familienasyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5/Absatz 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegründet abgelehnt)	Ablehnungen (offensichtlich unbegründet abgelehnt)	Ablehnung als unzulässig	Sonstige Verfahrenserledigungen
Mai 2022	3.746	76	557	96	2.433	16	2	396	170
Juni 2022	4.200	40	578	106	2.763	40	2	473	198
Juli 2022	4.316	40	612	172	2.880	20	-	353	239
August 2022	5.500	51	906	225	3.663	12	1	447	195

HKL Afghanistan	Entscheidungen über Asylanträge in Prozent								
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Artikel 16a GG u. Familienasyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5/Absatz 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegründet abgelehnt)	Ablehnungen (offensichtlich unbegründet abgelehnt)	Ablehnung als unzulässig	Sonstige Verfahrenserledigungen
Mai 2022	100,0 %	2,0 %	14,9 %	2,6 %	64,9 %	0,4 %	0,1 %	10,6 %	4,5 %
Juni 2022	100,0 %	1,0 %	13,8 %	2,5 %	65,8 %	1,0 %	0,0 %	11,3 %	4,7 %
Juli 2022	100,0 %	0,9 %	14,2 %	4,0 %	66,7 %	0,5 %	0,0 %	8,2 %	5,5 %
August 2022	100,0 %	0,9 %	16,5 %	4,1 %	66,6 %	0,2 %	0,0 %	8,1 %	3,5 %

Gerichtsentscheidungen über Klagen im 1. Halbjahr 2022	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG und Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	Formelle Verfahrenserledigungen
Afghanistan	9.134	15	526	79	4.070	168	4.276

Abhilfeentscheidungen durch das BAMF:

Personen	2022			
	Mai	Juni	Juli	August
anerkannt Artikel 16a	3	0	2	7
Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	15	17	27	21
Familienflüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	19	12	13	31
subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG	0	0	0	0
subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG	1	1	0	1
subsidiärer Fam.Schutz	0	0	0	0
Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 AufenthG	563	551	400	331
Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 7 AufenthG	1	0	2	0
Abschiebungsandrohung aufgehoben	0	4	0	0
Gesamtergebnis	602	585	444	391

10. Wie viele Asylsuchende wurden im bisherigen Jahr 2022 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2022	13.502	13.726
Februar 2022	12.968	13.915
März 2022**	17.108	14.135
April 2022	14.376	11.359
Mai 2022	15.669	12.877
Juni 2022	16.326	12.317
Juli 2022	18.290	13.204
August 2022	22.716	16.111

\*Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

\*\*Die auf Bundestagsdrucksache 20/2309 genannte Zahl von 95 238 Asylgesuchen für den Monat März 2022 wurde um die Personen, die einen Aufenthaltstitel zum vorübergehenden Schutz nach § 24 AufenthG beantragt/erhalten haben, bereinigt.

11. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im bisherigen Jahr 2022 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, Sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren 01.01. – 31.08.2022				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	65.835	34.411	31.424	47,7 %
darunter:				
Syrien	17.127	11.739	5.388	31,5 %
Afghanistan	10.660	3.637	7.023	65,9 %
Irak	5.301	3.322	1.979	37,3 %
Türkei	7.282	4.171	3.111	42,7 %
Georgien	3.134	2.097	1.037	33,1 %
Ungeklärt	1.523	709	814	53,4 %
Iran	2.051	758	1.293	63,0 %
Somalia	1.016	96	920	90,6 %
Eritrea	470	184	286	60,9 %
Moldau	979	587	392	40,0 %
Nigeria	767	119	648	84,5 %
Russische Föderation	698	405	293	42,0 %
Nordmazedonien	479	243	236	49,3 %
Venezuela	912	879	33	3,6 %
Albanien	520	336	184	35,4 %

\* Pass, Passersatz, Personalausweis.

12. In wie vielen Fällen wurden im bisherigen Jahr 2022 mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Im Jahr 2022 wurden bis zum 31. August 2022 insgesamt 16 032 Datenträger von Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz im Rahmen der persönlichen Antragstellung ausgelesen und 3 781 Ergebnisberichte erstellt. Die zehn häufigsten Herkunftsländer können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	01.01. – 31.08.2022*
Afghanistan	2.813
Syrien	1.748
Irak	654
Türkei	604
Iran	301
Ungeklärt	300
Algerien	231
Georgien	229
Somalia	159
Nigeria	156

\* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem kann es zu Abweichungen der Daten im Vergleich zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

- a) Zu welchem Anteil verfügten im bisherigen Jahr 2022 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträger-Geräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Im Jahr 2022 gaben bis zum 31. August 2022 ca. 30,6 Prozent der Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz im Rahmen der persönlichen Antragstellung an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen.

Hiervon konnten zu einem Anteil von ca. 80,3 Prozent die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden.

Asylbewerbende werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger-Geräte herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher keine angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung im bisherigen Jahr 2022 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Im Jahr 2022 wurden bis zum 31. August 2022 insgesamt 3 128 Datenträger-Auswertungsanträge durch Entscheidende gestellt. Hiervon wurden 2 066 Datenträger-Auswertungen freigegeben (66 Prozent) und 1 062 abgelehnt (34 Prozent). Die individuellen Gründe für Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Im Jahr 2022 waren bis zum 31. August 2022 insgesamt 2 148 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Für die prozentuale Angabe wird die Anzahl der Ergebnisdokumentation zugrunde gelegt:

- 28,3 Prozent (607) Identität der Antragstellenden bestätigt,
- 4,1 Prozent (89) Identität widerlegt,
- 67,6 Prozent (1 452) keine verwertbaren Erkenntnisse.

13. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2022 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in dem genannten Zeitraum von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2022 bei 89,1 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 85,8 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 67,3 Prozent.

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2022 bei 93,0 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 90,8 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 79,2 Prozent.

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

		01.01.– 30.06.2022	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		84.583	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	37.036	43,8 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	33.486	39,6 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	829	1,0 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	3.085	3,6 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	3.550	4,2 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	1.768	2,1 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	44	0,1 %

14. Wie viele der Asylsuchenden im ersten Halbjahr 2022 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

12 707 Asylsuchende im ersten Halbjahr 2022 waren sogenannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 2 579 Kinder von Asylsuchenden und 3 913 von anerkannten Asylberechtigten und Flüchtlingen (Artikel 16a des Grundgesetzes und § 3 Absatz 1 AsylG).

Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

01.01. – 30.06.2022	Absolut	Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt
Gesamt	12.707	15,0 %
darunter:		
Syrien	5.749	23,5 %
Afghanistan	1.102	7,3 %
Irak	1.392	18,5 %
Türkei	288	4,6 %
Georgien	60	1,8 %
Ungeklärt	448	20,2 %
Somalia	579	27,5 %
Iran	198	10,3 %
Eritrea	767	45,1 %
Moldau	83	6,4 %

15. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im ersten Halbjahr 2022 (bitte nach verschiedenen Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“, Dublin-Entscheidung, sonstige Verfahrenserledigung und den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

01.01. – 31.06. 2022	Entscheidungen über Erstanträge								
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Artikel 16a GG und Familienasyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Absatz AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5/Absatz 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegündet abgelehnt)	Ablehnungen (offensichtlich unbegründet abgelehnt)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren (z. B. § 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Herkunfts- länder gesamt	1.510	7	178	573	557	111	11	5	68
darunter									
Afghanistan	704	7	116	56	501	-	-	1	23
Syrien	514	-	7	489	1	-	-	3	14
Somalia	63	-	29	14	6	11	-	-	3
Irak	47	-	-	-	11	30	2	-	4
Türkei	14	-	-	-	2	11	-	-	1
Guinea	25	-	2	3	10	8	-	1	1
Eritrea	17	-	7	1	3	6	-	-	-
Pakistan	15	-	2	-	2	8	-	-	3
Iran	13	-	3	1	1	7	-	-	1
Marokko	5	-	-	-	-	3	-	-	2
Ungeklärt	7	-	2	2	1	2	-	-	-
Côte d'Ivoire	6	-	-	2	1	2	-	-	1
Äthiopien	6	-	1	1	2	2	-	-	-

01.01. – 31.06. 2022	Entscheidungen über Erstanträge								
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigt (Artikel 16a GG und Familienasyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Absatz AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5/Absatz 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegündet abgelehnt)	Ablehnungen (offensichtlich unbegündet abgelehnt)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren (z. B. § 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Algerien	9	-	-	1	1	5	-	-	2
Ägypten	3	-	2	-	-	1	-	-	-

16. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im ersten Halbjahr 2022 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2022	Anzahl Personen	Zurückschiebung	Zurückweisung	Übergabe an Jugendamt
Gesamt	1.682	56	525	853
davon nach Grenzen				
Polen	91			63
Tschechien	91	3	4	60
Österreich	757	6	492	199
Schweiz	214	6	13	147
Frankreich	210	34	5	135
Luxemburg	23			16
Belgien	119		6	103
Niederlande	41	7	2	27
Dänemark	23			19
ungeklärt	62			54
Luftgrenze	51		3	30
davon nach Staatsangehörigkeiten				
afghanisch	819	8	345	357
syrisch	265	5	101	121
marokkanisch	131	9	10	100
algerisch	80	12	9	45
türkisch	78	3	9	53

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

17. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2022 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

1. Halbjahr 2022	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	24.689	9.154	37,1 %
darunter:			
Syrien	28	1	3,6 %
Afghanistan	133	4	3,0 %
Irak	6.305	821	13,0 %
Türkei	2.598	340	13,1 %
Georgien	2.344	1.542	65,8 %
Ungeklärt	368	114	31,0 %
Somalia	278	5	1,8 %
Iran	762	50	6,6 %
Eritrea	146	9	6,2 %
Moldau	920	783	85,1 %
Nigeria	1.132	131	11,6 %
Venezuela	445	87	19,6 %
Russische Föderation	575	138	24,0 %
Albanien	821	821	100,0 %
Nordmazedonien	1.140	1.124	98,6 %

18. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im ersten Halbjahr 2022 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Herkunftsland	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Akten-anlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Insgesamt	113	31	68	43	-
darunter:					
Syrien	21	6	20	-	-
Türkei	16	7	8	8	-
Angola	13	10	7	6	-
Iran	10	1	7	5	-
Afghanistan	6	4	6	-	-
Jemen	5	-	5	-	-

Sri Lanka	5	-	0	5	-
Kuba	4	-	1	-	-
Marokko	4	1	-	4	-
Personen aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	4	2	3	1	-

01.01. – 30.06.2022	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Akten-anlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Insgesamt	113	31	68	43	-
darunter:					
Flughafen Berlin	9	1	6	3	0
Flughafen Frankfurt	100	30	59	39	0
Flughafen München	4	-	3	1	0

01.01. – 30.06.2022	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
Herkunftsland	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	33	2	27
darunter:			
Syrien	1	1	-
Türkei	9	-	6
Angola	-	-	1
Iran	5	1	4
Afghanistan	-	-	-
Jemen	-	-	-
Sri Lanka	6	-	6
Kuba	-	-	-
Marokko	-	-	-
Personen aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	1	-	1

19. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2022 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Artikel.16a GG und. Familienasyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonstige. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
							absolut	An- teil in %	absolut	An- teil in %	
Staatsangehörigkeiten gesamt	38.657	50.773	265	3.096	787	6.203	15.548	30,6	24.874	49,0	130.404
darunter:											
Irak	7.429	4.985	-	172	91	525	2.017	40,5	2.180	43,7	18.757
Syrien,	6.148	6.376	2	519	19	70	1.894	29,7	3.872	60,7	17.976
Afghanistan	3.560	9.134	15	526	79	4.070	168	1,8	4.276	46,8	10.242
Türkei	2.989	2.752	109	288	16	47	1.265	46,0	1.027	37,3	10.062
Georgien	2.080	1.380	4	8	-	42	622	45,1	704	51,0	3.598
Nigeria	1.634	3.107	3	27	5	192	1.395	44,9	1.485	47,8	7.973
Iran	1.276	3.367	42	836	39	47	1.325	39,4	1.078	32,0	9.550
Nordmazedonien	1.107	963	-	3	-	5	228	23,7	727	75,5	1.576
Moldau	918	1.192	-	-	-	1	662	55,5	529	44,4	1.483
Russische Föderation	878	1.972	43	55	56	89	768	38,9	961	48,7	8.324
Pakistan	700	1.606	5	210	8	46	582	36,2	755	47,0	2.809
Somalia	668	975	-	36	12	164	170	17,4	593	60,8	2.658
Ungeklärt	655	844	5	73	34	81	181	21,4	470	55,7	2.710
Serbien	625	410	-	-	1	2	107	26,1	300	73,2	1.247
Albanien	555	528	-	2	2	22	130	24,6	372	70,5	1.084
Marokko	181	294	-	8	5	7	91	31,0	183	62,2	643
Tunesien	219	260	-	7	6	5	56	21,5	186	71,5	478
Algerien	282	350	-	4	2	14	85	24,3	245	70,0	595
Armenien	289	449	-	2	-	24	177	39,4	246	54,8	1.459
Belarus	86	82	-	-	-	1	27	32,9	54	65,9	201
Ukraine	163	533	-	5	218	5	71	13,3	234	43,9	682
Bosnien und Herzegowina	382	325	-	-	-	1	58	17,8	266	81,8	638
Ghana	109	182	-	4	-	9	43	23,6	126	69,2	499
Kosovo	70	171	-	-	-	16	43	25,1	112	65,5	400
Montenegro	119	57	-	-	-	1	22	38,6	34	59,6	194
Senegal	52	85	-	-	-	6	33	38,8	46	54,1	229

Widerrufsverfahren									
01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %	
Staatsangehörigkeiten gesamt	633	1.237	439	35,49	182	14,71	616	49,80	4.317
darunter:									
Irak	152	176	88	50,00	12	6,82	76	43,18	1.096
Syrien	100	157	80	50,96	14	8,92	63	40,13	552
Armenien	36	35	26	74,29	1	2,86	8	22,86	170
Eritrea	34	22	11	50,00	4	18,18	7	31,82	152
Ungeklärt	33	44	19	43,18	2	4,55	23	52,27	200
Türkei	31	49	27	55,10	5	10,20	17	34,69	156
Russische Föderation	21	35	15	42,86	0	0,00	20	57,14	228
Iran	21	40	15	37,50	3	7,50	22	55,00	129
Nigeria	20	35	18	51,43	0	0,00	17	48,57	123
Afghanistan	20	388	27	6,96	115	29,64	246	63,40	570
Äthiopien	15	6	2	33,33	0	0,00	4	66,67	91
Indien	15	15	11	73,33	0	0,00	4	26,67	57
Somalia	14	32	11	34,38	4	12,50	17	53,13	91
Aserbaidschan	9	10	5	50,00	1	10,00	4	40,00	22
Sri Lanka	9	6	4	66,67	0	0,00	2	33,33	22
Marokko	2	10	4	40,00	1	10,00	5	50,00	11
Tunesien	5	4	1	25,00	1	25,00	2	50,00	8
Algerien	3	2	0	0,00	0	0,00	2	100,00	19
Georgien	1	3	1	33,33	0	0,00	2	66,67	4
Belarus	1	1	1	100,00	0	0,00	0	0,00	1
Ukraine	1	1	1	100,00	0	0,00	0	0,00	15
Albanien	5	8	0	0,00	0	0,00	8	100,00	19
Bosnien und Herzegowina	3	5	3	60,00	1	20,00	1	20,00	9
Ghana	4	1	0	0,00	0	0,00	1	100,00	14
Kosovo	5	9	5	55,56	0	0,00	4	44,44	45
Nordmazedonien	1	7	6	85,71	0	0,00	1	14,29	6
Montenegro	0	1	1	100,00	0	0,00	0	0,00	8
Senegal	0	1	0	0,00	0	0,00	1	100,00	5
Serbien	8	9	8	88,89	0	0,00	1	11,11	43

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01.- 30.06.2022	26,9	19,3

## Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren:

01.01.2022 – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.392	1.230	4.622
darunter:			
Afghanistan	927	368	1.295
Syrien	594	170	764
Irak	412	192	604
Iran	126	62	188
Nigeria	125	60	185
Türkei	134	31	165
Pakistan	108	19	127
Ungeklärt	86	41	127
Russische Föderation	87	25	112
Libanon	72	32	104
Guinea	66	29	95
Libyen	58	30	88
Algerien	62	3	65
Aserbaidschan	27	33	60
Tunesien	45	10	55
Marokko	25	3	28
Georgien	24	3	27
Armenien	21	0	21
Belarus	23	1	24
Ukraine	11	0	11
Albanien	3	0	3
Bosnien und Herzegowina	10	0	10
Ghana	7	4	11
Kosovo	1	0	1
Nordmazedonien	10	6	16
Montenegro	0	0	0
Senegal	5	5	10
Serbien	0	1	1

## Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen):

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	41,2	29,9	33,9
darunter:			
Afghanistan	41,7	20,5	22,5
Syrien	34,1	26,8	32,6
Irak	35,2	27,8	28,3
Iran	31,0	20,4	25,0
Nigeria	89,6	11,3	11,8
Türkei	40,1	13,7	15,0
Pakistan	31,5	9,6	0,0
Ungeklärt	36,2	22,8	34,0
Russische Föderation	49,3	112,8	0,0
Libanon	41,2	12,1	0,0
Guinea	22,7	14,3	9,0
Libyen	61,3	0,0	0,0

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Algerien	31,0	0,0	0,0
Aserbajdschan	19,3	6,6	0,0
Tunesien	45,4	7,0	0,0
Marokko	22,1	0,0	0,0
Georgien	44,1	10,0	0,0
Armenien	27,3	13,5	213,0
Belarus	8,0	0,0	0,0
Ukraine	18,1	0,0	0,0
Albanien	7,0	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	27,9	0,0	0,0
Ghana	23,1	271,0	1,0
Kosovo	135,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	97,0	0,0	0,0
Montenegro	11,8	5,0	0,0
Senegal	31,7	354,0	0,0
Serbien	66,0	0,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) gesamt:

01.01. - 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	11.858	2.789	14.647
darunter:			
Afghanistan	1.345	483	1.828
Syrien	1.089	302	1.391
Irak	1.209	460	1.669
Iran	246	135	381
Nigeria	401	148	549
Türkei	498	161	659
Pakistan	230	39	269
Ungeklärt	182	71	253
Russische Föderation	308	105	413
Libanon	146	69	215
Guinea	109	55	164
Libyen	63	38	101
Algerien	135	14	149
Aserbajdschan	130	40	170
Tunesien	94	19	113
Marokko	93	20	113
Georgien	1.243	39	1.282
Armenien	129	12	141
Belarus	15	3	18
Ukraine	87	92	179
Albanien	440	35	475
Bosnien und Herzegowina	340	3	343
Ghana	70	15	85
Kosovo	50	13	63
Nordmazedonien	1.012	55	1.067

01.01. - 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Montenegro	84	6	90
Senegal	40	5	45
Serbien	448	26	474

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) gesamt (in Tagen):

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	43,0	32,8	46,3
darunter:			
Afghanistan	48,4	34,25	115,4
Syrien	49,1	0,0	31,4
Irak	33,1	0,0	34,1
Iran	31,3	0,0	40,8
Nigeria	103,1	0,0	49,8
Türkei	31,7	0,0	29,7
Pakistan	30,7	0,0	28,6
Ungeklärt	41,0	0,0	41,6
Russische Föderation	59,6	0,0	57,4
Libanon	34,4	0,0	34,5
Guinea	33,4	0,0	24,9
Libyen	57,2	0,0	10,0
Algerien	30,8	0,0	11,7
Aserbaidtschan	17,5	0,0	13,8
Tunesien	83,4	0,0	22,0
Marokko	27,4	0,0	35,8
Georgien	31,6	0,0	16,9
Armenien	36,0	0,0	36,9
Belarus	34,5	0,0	4,0
Ukraine	110,4	0,0	120,7
Albanien	26,3	0,0	34,8
Bosnien und Herzegowina	25,7	0,0	37,1
Ghana	42,7	0,0	21,2
Kosovo	35,8	0,0	24,0
Nordmazedonien	42,1	0,0	42,8
Montenegro	34,4	0,0	22,6
Senegal	37,5	0,0	265,5
Serbien	31,5	0,0	39,2

- a) Wie viele Rechtsmittel sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im bisherigen Jahr 2022 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 30. Juni 2022 anhängig.

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. Juni 2022	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	10.610
darunter:	
Syrien	9.401
Irak	295
Eritrea	208
Ungeklärt	189
Jemen	102
Afghanistan	100
Staatenlos	63
Somalia	54
Iran	42
Sudan	23

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. Juni 2022	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	10.610
Baden-Württemberg	1.344
Bayern	946
Berlin	702
Brandenburg	500
Bremen	154
Hamburg	135
Hessen	1.588
Mecklenburg-Vorpommern	130
Niedersachsen	1.090
Nordrhein-Westfalen	2.790
Rheinland-Pfalz	98
Saarland	54
Sachsen	474
Sachsen-Anhalt	265
Schleswig-Holstein	101
Thüringen	239

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 30. Juni 2022 anhängig.

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. Juni 2022	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	2.381
darunter:	
Afghanistan	1.204
Irak	316
Syrien	206
Somalia	131
Eritrea	118
Äthiopien	63
Nigeria	47
Ungeklärt	36
Russische Föderation	22
Sudan	19

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. Juni 2022	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	2.381
Baden-Württemberg	118
Bayern	220
Berlin	207
Brandenburg	140
Bremen	49
Hamburg	39
Hessen	352
Mecklenburg-Vorpommern	30
Niedersachsen	342
Nordrhein-Westfalen	662
Rheinland-Pfalz	23
Saarland	4
Sachsen	55
Sachsen-Anhalt	12
Schleswig-Holstein	97
Thüringen	31

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennun- gen gem Ar- tikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Ab- satz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01. – 30.06.2022	3.665	9	574	3.082
darunter				
Syrien	3.134	2	497	2.635
Jemen	111	2	4	105
Ungeklärt	96	5	32	59
Irak	88	0	4	84
Eritrea	68	0	8	60
Afghanistan	49	0	10	39

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
Staatenlos	30	0	4	26
Iran	14	0	5	9
Somalia	12	0	2	10
Myanmar	11	0	0	11

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01.– 30.06.2022	3.665	9	574	3.082
Baden-Württemberg	550	0	56	494
Bayern	489	0	26	463
Berlin	318	1	97	220
Brandenburg	240	0	113	127
Bremen	33	0	2	31
Hamburg	75	0	7	68
Hessen	388	7	16	365
Mecklenburg-Vorpommern	47	0	0	47
Niedersachsen	237	0	10	227
Nordrhein-Westfalen	645	1	135	509
Rheinland-Pfalz	106	0	15	91
Saarland	26	0	0	26
Sachsen	126	0	19	107
Sachsen-Anhalt	144	0	5	139
Schleswig-Holstein	66	0	4	62
Thüringen	175	0	69	106

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01. – 30.06.2022	910	1	109	40	760
Afghanistan	460	1	76	6	377
Irak	143	0	5	2	136
Syrien	65	0	2	3	60
Eritrea	47	0	0	17	30
Somalia	28	0	3	0	25
Äthiopien	17	0	1	2	14
Ungeklärt	16	0	2	3	11
Jemen	16	0	0	3	13
Venezuela	12	0	2	0	10
Nigeria	12	0	0	0	12

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01. – 30.06.2022	910	1	109	40	760
Baden-Württemberg	73	0	12	10	51
Bayern	120	0	7	11	102
Berlin	74	0	5	1	68
Brandenburg	59	0	13	0	46
Bremen	21	0	0	0	21
Hamburg	21	0	1	0	19
Hessen	88	0	5	5	78
Mecklenburg-Vorpommern	27	0	2	0	25
Niedersachsen	97	1	19	4	73
Nordrhein-Westfalen	212	0	34	6	172
Rheinland-Pfalz	57	0	5	0	52
Saarland	2	0	0	0	2
Sachsen	30	0	5	1	24
Sachsen-Anhalt	8	0	1	0	7
Schleswig-Holstein	11	0	0	2	9
Thüringen	11	0	0	0	11

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im bisherigen Jahr 2022 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung differenzieren: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig)?

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das bisherige Jahr 2022?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			Davon Entscheidung "abgelehnt"			Davon Entscheidung "o. u. abgelehnt"			davon Entscheidung "unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %
01.01. – 30.06.2022 Stand: 15.08.2022												
Gesamt	110.162	37.366	33,9	15.535	13.555	87,3	9.154	5.039	55,0	22.137	13.847	62,6
darunter:												
Syrien	37.941	6.160	16,2	27	13	48,1	1	1	100,0	3.336	2.583	77,4
Afghanistan	16.380	3.331	20,3	129	78	60,5	4	2	50,0	3.486	2.451	70,3
Irak	11.556	7.161	62,0	5.484	4.801	87,5	821	654	79,7	2.203	1.538	69,8
Türkei	5.043	2.973	59,0	2.258	2.125	94,1	340	278	81,8	696	526	75,6
Georgien	3.046	2.053	67,4	802	689	85,9	1.542	1.113	72,2	377	219	58,1
Moldau	2.680	881	32,9	137	108	78,8	783	318	40,6	1.500	441	29,4
Ungeklärt	2.666	662	24,8	254	197	77,6	114	58	50,9	527	352	66,8
Nordmazedonien	2.463	953	38,7	16	10	62,5	1.124	552	49,1	909	382	42,0
Iran	2.289	1.229	53,7	712	651	91,4	50	37	74,0	769	527	68,5

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			Davon Entscheidung "abgelehnt"			Davon Entscheidung "o. u. abgelehnt"			davon Entscheidung "unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %		davon beklagt*	Anteil in %
01.01. – 30.06.2022 Stand: 15.08.2022												
Nigeria	2.282	1.542	67,6	1.001	859	85,8	131	92	70,2	800	585	73,1
Somalia	2.234	643	28,8	273	242	88,6	5	2	40,0	501	346	69,1
Eritrea	2.015	271	13,4	137	120	87,6	9	4	44,4	158	116	73,4
Serbien	1.460	606	41,5	4	3	75,0	716	327	45,7	622	271	43,6
Albanien	1.362	567	41,6	0	0	0,0	821	368	44,8	375	193	51,5
Russische Föderation	1.355	832	61,4	437	348	79,6	138	81	58,7	573	422	73,6
Bosnien und Herzegowina	975	352	36,1	1	0	0,0	430	153	35,6	425	189	44,5
Ghana	241	105	43,6	3	3	100,0	149	70	47,0	50	30	60,0
Kosovo	216	66	30,6	0	0	0,0	91	33	36,3	108	31	28,7
Montenegro	232	110	47,4	1	1	100,0	119	61	51,3	108	48	44,4
Senegal	89	46	51,7	1	1	100,0	31	20	64,5	37	20	54,1

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Gericht Stand: 30.06.2022	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	132.209
Bundesverwaltungsgericht	58
VGH Baden-Württemberg	95
VG Freiburg	2.736
VG Karlsruhe	1.805
VG Sigmaringen	2.589
VG Stuttgart	3.266
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	233
VG Ansbach	3.238
VG Augsburg	982
VG Bayreuth	1.306
VG München	7.268
VG Regensburg	2.184
VG Würzburg	1.089
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	395
OVG Berlin-Brandenburg	91
VG Berlin	10.517
VG Cottbus	1.999
VG Frankfurt / Oder	1.847
VG Potsdam	5.001
OVG der Freien Hansestadt Bremen	-
VG Bremen	1.367
Hamburgisches OVG	-
VG Hamburg	2.858
Hessischer VGH	96

Gericht Stand: 30.06.2022	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Darmstadt	4.128
VG Frankfurt/Main	1.723
VG Kassel	2.126
VG Wiesbaden	1.802
VG Gießen	3.593
Niedersächsisches OVG	211
VG Braunschweig	2.899
VG Hannover	5.151
VG Oldenburg	2.822
VG Osnabrück	1.707
VG Stade	1.744
VG Lüneburg	1.901
VG Göttingen	889
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	309
VG Aachen	2.666
VG Arnsberg	5.341
VG Düsseldorf	5.352
VG Gelsenkirchen	3.930
VG Köln	5.464
VG Minden	2.617
VG Münster	3.209
OVG Rheinland-Pfalz	40
VG Trier	1.163
OVG des Saarlandes	9
VG des Saarlandes	480
Schleswig-Holsteinisches OVG	58
VG Schleswig-Holstein	4.489
OVG Sachsen-Anhalt	6
VG Magdeburg	1.071
VG Halle	852
Thüringer OVG	3
VG Gera	270
VG Meiningen	1.201
VG Weimar	1.299
Sächsisches OVG	133
VG Chemnitz	3.757
VG Dresden	2.859
VG Leipzig	1.573
OVG Mecklenburg-Vorpommern	87
VG Greifswald	1.285
VG Schwerin	970

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im bisherigen Jahr 2022 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung:

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022			
Staatsangehörigkeit		Davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Davon aufgrund einer Abhilfeentscheidung
Gesamt	14.992	10.828	4.164
davon			
Syrien	810	616	194
Afghanistan	7.566	4.964	2.602
Irak	898	731	167
Türkei	613	468	145
Georgien	59	53	6
Ungeklärt	323	252	71
Somalia	280	240	40
Iran	1.203	1.056	147
Eritrea	142	116	26
Moldau	0	0	0
Nigeria	315	277	38
Venezuela	47	46	1
Russische Föderation	443	234	209
Albanien	23	17	6
Nordmazedonien	10	10	0

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	5.849
davon	
Syrien	453
Afghanistan	4.469
Irak	115
Türkei	123
Georgien	3
Ungeklärt	57
Somalia	70
Iran	188
Eritrea	22
Moldau	1
Nigeria	35
Venezuela	14
Russische Föderation	63
Albanien	3
Nordmazedonien	7

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	1.068
davon	
Syrien	8
Afghanistan	935
Irak	12
Türkei	1
Georgien	1

Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022	
Staatsangehörigkeit	Summe
Ungeklärt	8
Somalia	2
Iran	2
Eritrea	0
Moldau	0
Nigeria	9
Venezuela	0
Russische Föderation	5
Albanien	1
Nordmazedonien	0

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im bisherigen Jahr 2022 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

01.01. – 30.06.2022 (Stand: 15.08.2022)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	653	95	748
darunter:			
Syrien	329	56	385
Afghanistan	144	13	157
Somalia	44	5	49
Irak	46	1	47
Ungeklärt	15	4	19
Nigeria	14	2	16
Eritrea	12	1	13
Türkei	5	4	9
Iran	4	5	9
Südsudan	8	0	8

- f) Wie lauten die differenzierteren Angaben des BAMF zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das bisherige Jahr 2022?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Sonstige Verfahrenserledigungen	01.01. - 30.06.2022
Keine Schutzgewährung festgestellt	19.264
Schutzgewährung offen	2.729
Schutzgewährung	3.183
Summe	25.176

- g) Wie lange war nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Dauer eines gerichtlichen Asylklageverfahrens im bisherigen Jahr 2022 (bitte auch nach Bundesländern differenziert darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Gericht in Monaten, Zeitraum: 01.01. – 30.06.2022 Antragsart: Erstanträge, Folgeanträge	Klagen
Bundesgebiet gesamt	26,9
darunter:	
Baden-Württemberg	20,2
Bayern	27,9
Berlin	30,6
Brandenburg	44,6
Bremen	26,3
Hamburg	27,8
Hessen	33,6
Mecklenburg-Vorpommern	19,9
Niedersachsen	33,6
Nordrhein-Westfalen	26,2
Rheinland-Pfalz	6,6
Saarland	14,6
Sachsen	21,0
Sachsen-Anhalt	15,7
Schleswig-Holstein	20,3
Thüringen	19,3
unbekannt	3,9

- h) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im bisherigen Jahr 2022 aufgrund verlorener Asyl-Gerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Wie bewertet es die Bundesregierung, dass dem BAMF in den letzten fünf Jahren (2017 bis 2021) fast 100 Mio. Euro Kosten im Zusammenhang mit verlorenen Asylgerichtsverfahren entstanden sind (vgl. Antwort zu Frage 20i auf Bundestagsdrucksache 20/2309), auch vor dem Hintergrund der nach Auffassung der Fragestellenden hohen Aufhebungsquoten durch die Gerichte (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), und plant die Bundesregierung vor diesem Hintergrund, Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im BAMF und insbesondere zur laufenden Kontrolle angefochtener Bescheide zu ergreifen (bitte ausführen)?

Die Gesamtkosten aller Asylgerichtsverfahren für das Jahr 2022 belaufen sich zum Stichtag 6. September 2022 auf 12 096 297,45 Euro.

Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der zehn wichtigsten Herkunftsländer im Jahr 2022 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Herkunftsland	Ausgaben
Syrien	1.821.302,87 €
Afghanistan	3.231.856,56 €
Irak	943.005,77 €
Türkei	604.592,99 €
Georgien	36.746,79 €
Ungeklärt	343.714,24 €
Somalia	455.288,37 €
Iran	1.219.455,77 €
Eritrea	201.537,28 €
Moldau	6.594,22 €

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 83b AsylG keine Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) in asylrechtlichen Streitigkeiten erhoben werden.

Kosten können jedoch für die rechtsanwaltliche Vertretung der Kläger anfallen, die das BAMF bei einem Unterliegen im gerichtlichen Verfahren teilweise oder ganz zu erstatten hat.

Rückschlüsse auf die Qualität der Asylentscheidungen des BAMF lassen sich aus der Höhe der Kosten nicht ohne Weiteres herleiten. Eine Ursache für anderslautende Urteile der Verwaltungsgerichte kann der Umstand sein, dass die beklagte Entscheidung des BAMF zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung oftmals bereits einige Monate, teilweise aber auch mehrere Jahre, zurücklag. Daher kann die Beurteilung der Gerichte durch zwischenzeitliche Veränderungen, die das BAMF bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigen konnte (wie beispielsweise die Geburt von Kindern, Auswirkungen der Corona-Pandemie oder eine veränderte Situation im Herkunftsland), zwangsläufig abweichen. Solche Veränderungen wirken sich bei der gerichtlichen Entscheidung je nach Sachlage auch zu Gunsten der Kläger aus.

Das BAMF führt anlassbezogene Überprüfungen gerichtlich anhängiger Asylverfahren, beispielsweise hinsichtlich des Herkunftslandes Afghanistan durch, was wiederum zu Abhilfeentscheidungen führt. Zudem überprüft das BAMF im Rahmen der aktiven Prozessführung auf Anfrage der Gerichte und Verfahrensbevollmächtigten regelmäßig ergangene Bescheide in gerichtlichen Verfahren und ändert bei Vorliegen der Voraussetzungen der jeweiligen Schutznorm den Ausgangsbescheid entsprechend ab.

- i) Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass der Grundsatz effektiven Rechtsschutzes für (abgelehnte) Asylsuchende gefährdet sein könnte, wenn unabhängige Richterinnen bzw. Richter, „die dem rechtspolitisch motivierten Spektrum zuzuordnen sind“ entscheiden und Asylklagen mit aus Sicht der Fragesteller zum Teil unzureichender Begründung abgelehnt werden (vgl. hinsichtlich des Verwaltungsgerichts [VG] Gera: <https://ezra.de/forderungspapier-zur-justiz-in-thu%cc%88r ingen/>), und schätzt es die Bundesregierung diesbezüglich als problematisch ein, dass Einzelrichterentscheidungen im Asylverfahren die Regel sind (vgl. § 76 des Asylgesetzes) und es keine Berufungsmöglichkeit aufgrund ernsthafter Zweifel an der Richtigkeit des Urteils gibt (vgl. § 78 des Asylgesetzes; bitte begründen)?

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Justiz diesbezüglich gegebenenfalls (bitte ausführen)?

Das in Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz (GG) verankerte Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz verleiht einen Anspruch auf Gewährung eines möglichst wirksamen Rechtsschutzes und damit auf einen Zugang zu staatlichen Gerichten, um von diesen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt überprüfen zu lassen. Dieser Grundsatz wird durch den bei ablehnenden Asylbescheiden eröffneten Klageweg zu den Verwaltungsgerichten gewährleistet. Die Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichte entscheiden dabei gemäß Artikel 97 Absatz 1 GG unabhängig und sind nur dem Gesetz unterworfen. Konkreten Bedenken gegen ihre Unvoreingenommenheit kann nach den Vorschriften über die Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen Rechnung getragen werden (§ 54 VwGO).

Der in § 76 AsylG geregelte Grundsatz der Einzelrichterentscheidung in Streitigkeiten nach dem Asylgesetz dient der Beschleunigung der Asylklageverfahren und damit dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes und begegnet somit keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Dies betrifft ebenfalls die Ausgestaltung der im gerichtlichen Asylverfahren zur Verfügung stehenden Rechtsmittel.

- j) Welche Verwaltungsgerichte wiesen nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2022 (bitte getrennt auflisten) bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den 15 wichtigsten Herkunftstaaten – außer Syrien – jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen (in jedem Fall auch das VG Gera), und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung gegebenenfalls hieraus für ihr eigenes Handeln (bitte ausführen)?

Die Angaben können den in der Anlage\* beigefügten Tabellen entnommen werden (das Verwaltungsgericht Gera wird nur bei den Herkunftsländern genannt, bei denen Gerichtsentscheidungen im Zeitraum vorlagen).

20. Wie viele Asylanörungen gab es im ersten Halbjahr 2022 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Anhörungen 1. Halbjahr 2022	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	57.731
darunter:	
Syrien	14.884
Afghanistan	12.002
Irak	6.143
Türkei	3.905
Georgien	2.063
Ungeklärt	1.330
Somalia	1.406
Iran	1.534
Eritrea	938
Moldau	660
Nigeria	938
Venezuela	729
Russische Föderation	571
Albanien	491
Nordmazedonien	586

21. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im ersten Halbjahr 2022 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/4019 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Herkunftsland	1. Halbjahr 2022			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Artikel 16a GG und Familienasyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Absatz 5 und Absatz 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegründet abgelehnt/offensichtlich unbegründet abgelehnt)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	1.267	603	664	1.460	-	-	-	7	720	733
davon Roma	1.102	489	613	1.268	-	-	-	4	598	666
Kosovo	191	83	108	216	-	-	1	6	91	118
davon Roma	89	26	63	106	-	-	-	4	39	63
Nordmazedonien	1.607	803	804	2.463	-	2	1	9	1.140	1.311
davon Roma	1.061	476	585	1.558	-	-	1	9	754	794
Montenegro	182	68	114	232	-	-	1	-	120	111
davon Roma	148	54	94	183	-	-	-	-	93	90
Albanien	1.174	806	368	1.362	-	3	1	4	821	533
davon Roma	359	224	135	446	-	-	-	-	259	187
Bosnien und Herzegowina	769	336	433	975	1	1	-	-	431	542
davon Roma	619	244	375	810	-	-	-	-	317	493

22. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 20/2309 angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ (Vollzeitäquivalenten)				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1123,9	1059,2	47,8	2230,9
Widerrufsprüfung*	64,6	65,2	4,2	133,9
Prozess gesamt	140,3	179,7	34,9	355,0
dezentral*	129,4	172,6	16,7	318,8
zentral (61D & 61E)**	10,9	7,1	18,2	36,2
QS gesamt	46,1	108,5	15,3	170,0
dezentral*	38,0	87,3	8,4	133,8
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,1	21,2	6,9	36,2
Dublin gesamt	159,8	168,3	10,4	338,5
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o.B.)*	64,9	99,9	0,5	165,3
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	94,9	68,4	9,9	173,2

\*Gemäß Personal-Ist-Abfrage KW 35 (29.08. bis 02.09.2022).

\*\* Gemäß ZSD Stand 01.09.2022.

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.09.2022)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	-0,9	-0,1	3,7
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	13,8	1,6
Dublin (32A-F)	49,2	57,2	5,6

Soll in VZÄ (Stand: 01.07.2022)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	21,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	8,5
Dublin (32A-F)	209,0	225,5	16,0

Personalplanung:

Asyl und Widerruf:

Aktuell sind 103 VZÄ im mD und 113 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Prozess:

Aktuell sind 30 VZÄ im gD in Ausschreibung.

QS:

Aktuell sind 1 VZÄ im mD, 9 VZÄ im gD und 2 VZÄ im hD in Ausschreibung.

Dublin:

Aktuell sind 7 VZÄ im mD, 23 VZÄ im gD und 1 VZÄ im hD in Ausschreibung.

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

23. Wie viele Asylgesuche gab es im ersten Halbjahr 2022 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und den wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2022	Anzahl Personen
Gesamt	12.265
nach Grenzen und im Inland	
Polen	2.559
Tschechien	702
Österreich	829
Schweiz	636
Frankreich	417
Luxemburg	47
Belgien	294
Niederlande	70
Dänemark	57
Flughäfen	4.179
See	93
Inlandsfeststellung	2.382
davon Staatsangehörigkeiten	

1. Halbjahr 2022	Anzahl Personen
afghanisch	4.556
syrisch	1.577
irakisch	1.189
türkisch	1.047
iranisch	398
algerisch	368
ukrainisch	286
marokkanisch	239
jemenitisch	236
tunesisch	227

24. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im ersten Halbjahr 2022 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und den zehn wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

01.01. – 30.06. 2022	Entscheidungen zu § 11 Absatz 2 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Absatz 2 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Gesamt	812	4.681	5.480
darunter			
Syrien	37	2	39
Afghanistan	49	0	49
Irak	129	22	151
Türkei	63	16	79
Georgien	52	34	86
Ungeklärt	21	12	33
Somalia	10	11	21
Iran	26	17	43
Eritrea	5	2	7
Moldau	59	508	559

25. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im ersten Halbjahr 2022 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Halbjahr 2022	Stellungnahmen gem. § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	478	128	222	128
Baden-Württemberg	55	14	27	14
Bayern	52	12	28	12
Berlin	64	20	28	16
Brandenburg	4	1	3	0
Bremen	3	2	1	0
Hamburg	27	11	5	11
Hessen	32	12	9	11
Mecklenburg- Vorpommern	4	0	1	3
Niedersachsen	30	7	14	9
Nordrhein-Westfalen	163	42	80	41
Rheinland-Pfalz	7	2	4	1
Saarland	10	0	4	6
Sachsen	6	1	5	0
Sachsen-Anhalt	11	0	11	0
Schleswig-Holstein	8	4	1	3
Thüringen	2	0	1	1

1. Halbjahr 2022	Stellungnahmen gem. § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	478	128	222	128
Syrien	20	10	1	9
Afghanistan	69	54	2	13
Irak	18	3	12	3
Türkei	31	1	18	12
Georgien	9	0	3	6
Ungeklärt	4	1	1	2
Somalia	2	1	0	1
Iran	10	1	6	3
Eritrea	2	0	0	2
Moldau	2	1	1	0

26. Welche Angaben für das erste Halbjahr 2022 lassen sich zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender machen (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

1. Januar 2022 bis 30. Juni 2022

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Bean- standung	Nicht abschlie- ßend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der bean- standeten Doku- mente in %
Syrien	34.417	32.616	965	836	2,4
Afghanistan	20.193	19.383	551	259	1,3
Irak	11.802	11.336	266	200	1,7

Türkei	5.235	5.105	98	32	0,6
Georgien	3.108	2.670	407	31	1,0
ungeklärt	2.758	2.758	-	-	-
Somalia	426	336	63	27	6,3
Iran	2.690	2.608	58	24	0,9
Eritrea	949	849	93	7	0,7
Moldau	1.283	1.158	123	2	0,2
Rest (ca. 150 weitere HKL)	11.853	10.175	1.415	263	2,2
Summe	94.714	88.994	4.039	1.681	1,8

1. Januar 2022 bis 31. März 2022

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	19.281	18.313	514	454	2,4
Afghanistan	11.506	11.033	304	169	1,5
Irak	7.195	6.941	151	103	1,4
Türkei	2.505	2.448	46	11	0,4
Georgien	1.425	1.295	127	3	0,2
ungeklärt	1.599	1.599	-	-	-
Somalia	212	165	32	15	7,1
Eritrea	532	490	38	4	0,8
Iran	1.443	1.401	31	11	0,8
Nigeria	223	138	72	13	5,8
Rest (ca. 150 weitere HKL)	6.057	5.311	645	101	1,7
Summe	51.978	49.134	1.960	884	1,7

27. Wurde das Pilotverfahren von 2017 zur Information über die geförderte Rückkehr (<https://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/20170323-011-pm-rueckkehrfoerderung.html?nn=2823>) evaluiert, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Ist die Information über die Förderung freiwilliger Rückkehr inzwischen fester Bestandteil des Asylverfahrens, und wenn ja, an welchen Standorten, in welcher Weise, zu welchem Zeitpunkt des Verfahrens und bezogen auf welche Gruppen Asylsuchender werden entsprechende Informationen gegebenenfalls vermittelt (bitte ausführen)?

Das Pilotverfahren zur Information über die geförderte Rückkehr (Rückkehrinformation) an drei BAMF-Standorten ist nach Abschluss der Pilotierung evaluiert worden. Als Ergebnis der Pilotierung wurde die Rückkehrinformation als fester Bestandteil der Aktenanlage während der Asylantragstellung ab Mai 2017 sukzessive an allen BAMF-Standorten, an denen das Asylverfahren durchgeführt wird, implementiert. Im Zuge der Rückkehrinformation werden frühzeitig alle volljährigen Asylantragstellenden, die persönlich einen Asylantrag beim BAMF stellen, unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive in einem informierenden Gespräch sowie mittels eines schriftlichen Informationspakets allgemein und neutral zur Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr und den Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen informiert. Die Rückkehrinformation wird durch Mitarbeitende des Asylverfahrenssekretariats des BAMF durchgeführt und von Dolmetschenden übersetzt. Die mündliche Informationsvermittlung sowie das schriftliche Informationspaket sind standardisiert. Das Informationspaket ist in 19 Sprachen verfügbar.

Für eine detaillierte und individuelle Rückkehrberatung verweist die Rückkehrinformation an die jeweils nächstgelegenen Rückkehrberatungsstellen.

28. Nach welchen Kriterien (bitte so genau wie möglich bezeichnen) werden Asylsuchende über die „StarthilfePlus“ informiert, wenn es heißt, dass die Zielgruppe unter anderem Asylsuchende sind, „deren Chancen im Asylverfahren gering“ bzw. „sehr gering“ seien (vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/rueckkehrpolitik/rueckkehr-und-rueckfuehrungen/rueckkehr-und-rueckfuehrungen-node.html>), wann werden Chancen als „gering“ oder „sehr gering“ eingeschätzt, und welche Mittel in welcher Höhe wurden an wie viele Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende (bitte nach dem Stand des Verfahrens und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren) nach dem „StarthilfePlus“-Programm seit seinem Bestehen bewilligt bzw. ausgezahlt (bitte entsprechend der obigen Differenzierung auch nach Jahren auflisten)?

Im Zuge der Informationsvermittlung zu StarthilfePlus findet vor Erstellung des Asylbescheids keine Differenzierung hinsichtlich der Bleibeperspektive der zu Informierenden statt. Im Rahmen der während der Aktenanlage durchgeführten Rückkehrinformation werden alle volljährigen Asylantragstellenden, die persönlich einen Asylantrag beim BAMF stellen, unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive in einem informierenden Gespräch sowie mittels eines schriftlichen Informationspakets allgemein und neutral zur Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr und den Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen – darunter StarthilfePlus – informiert. Bei ablehnenden Asylbescheiden erhalten Asylsuchende (umfasst die Personen, die Empfänger von Leistungen im Rahmen der freiwilligen Rückkehr sein können) ein Merkblatt vom BAMF zur freiwilligen Rückkehr. In diesem Merkblatt wird ebenfalls allgemein auf die Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration hingewiesen und auf das Informationsportal [ReturningfromGermany](https://www.returningfromgermany.de/de/programmes/ergaenzende-reintegrationsunterstuetzung-im-zielland-bei-einer-freiwilligen-rueckkehr-mit-reag-garp) für zusätzliche Informationen verwiesen (<https://www.returningfromgermany.de/de/programmes/ergaenzende-reintegrationsunterstuetzung-im-zielland-bei-einer-freiwilligen-rueckkehr-mit-reag-garp>). Auf dem Informationsportal sowie in den Programmleitlinien ([https://files.returningfromgermany.de/files/Infoblatt%20REAGGARP\\_SHPlus%202022\\_Jul.pdf](https://files.returningfromgermany.de/files/Infoblatt%20REAGGARP_SHPlus%202022_Jul.pdf)) sind ebenfalls keine Kriterien bei der Informationsvermittlung zu StarthilfePlus bezüglich der Bleibeperspektive festgelegt.

Aus den nachfolgenden Tabellen sind diejenigen Mittel ersichtlich, die den jeweils relevanten Personengruppen bewilligt und auch ausgezahlt wurden. Die Unterscheidung erfolgt nach Zielländern, da das Bundesprogramm StarthilfePlus die Förderleistungen ziellandspezifisch und nicht herkunftslandspezifisch zur Verfügung stellt. Die Staatsangehörigkeiten der Personen sind in der vorliegenden Abrechnungsstatistik nicht abbildbar.

Hinweise zur Statistikauswertung:

- Die nachfolgende Kategorie „Asylsuchende“ umfasst anerkannte Differenzierung sowie Asylsuchende im laufenden Verfahren (zum Zeitpunkt der Antragstellung). Nicht dargestellt werden Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben, und so genannte „Altfälle“, d. h. Fälle jeweils vorangegangener Jahre, für die nachträglich Leistungen abgerechnet worden sind. In den Statistiken sind auch Personen enthalten, die zwar Leistungen erhalten haben, aber nicht ausgereist sind.
- Die Darstellung erfolgt nach den jeweils zehn zahlenmäßig relevantesten Zielländern je Kalenderjahr bezogen auf die Anzahl aller Asylsuchenden.

- Die Angaben zu den verausgabten Förderleistungen sind jeweils in Euro zu verstehen.
- Für das laufende Projektjahr 2022 standen kurzfristig noch keine Daten zu den verausgabten Förderleistungen zur Verfügung.

2017					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Irak	Asylsuchende	926	748.904,06	5.979,00	754.883,06
	abgelehnte Asylsuchende	1339	908.595,05	21.978,64	930.573,69
Russland	Asylsuchende	529	350.500,02	2.936,63	353.436,65
	abgelehnte Asylsuchende	784	500.150,01	17.870,42	518.020,43
Afghanistan	Asylsuchende	353	263.569,27	5.999,90	269.569,17
	abgelehnte Asylsuchende	603	353.361,36	8.000,38	361.361,74
Ukraine	Asylsuchende	177	113.400,00	0,00	113.400,00
	abgelehnte Asylsuchende	745	487.031,01	7.856,36	494.887,37
Georgien	Asylsuchende	213	150.377,82	2.942,54	153.320,36
	abgelehnte Asylsuchende	556	368.055,61	21.943,76	389.999,37
Iran	Asylsuchende	329	275.800,01	1.000,00	276.800,01
	abgelehnte Asylsuchende	388	257.100,00	10.000,00	267.100,00
Aserbajdschan	Asylsuchende	139	90.549,99	3.636,17	94.186,16
	abgelehnte Asylsuchende	329	214.950,03	10.865,21	225.815,24
Armenien	Asylsuchende	124	88.399,99	3.000,00	91.399,99
	abgelehnte Asylsuchende	337	229.099,93	23.817,75	252.917,68
Pakistan	Asylsuchende	97	79.690,87	1.000,00	80.690,87
	abgelehnte Asylsuchende	220	148.031,63	3.000,00	151.031,63
Libanon	Asylsuchende	61	47.500,00	0,00	47.500,00
	abgelehnte Asylsuchende	205	141.350,00	0,00	141.350,00
Gesamt Top10	Asylsuchende	2948	2.208.692,03	26.494,24	2.235.186,27
	abgelehnte Asylsuchende	5506	3.607.724,63	125.332,52	3.733.057,15
Gesamt		8454	5.816.416,66	151.826,76	5.968.243,42

Datenquelle: IOM

2018					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Irak	Asylsuchende	746	536.608,05	122.533,04	659.141,09
	abgelehnte Asylsuchende	639	454.949,24	207.917,29	662.866,53
Russland	Asylsuchende	222	151.000,03	87.695,14	238.695,17
	abgelehnte Asylsuchende	461	309.950,03	191.033,87	500.983,90
Iran	Asylsuchende	217	172.500,00	49.996,31	222.496,31
	abgelehnte Asylsuchende	152	104.900,00	45.000,00	149.900,00
Aserbajdschan	Asylsuchende	123	92.400,00	32.404,45	124.804,45
	abgelehnte Asylsuchende	205	141.900,12	71.696,78	213.596,90
Afghanistan	Asylsuchende	103	74.098,71	12.999,57	87.098,28
	abgelehnte Asylsuchende	170	111.593,89	41.003,70	152.597,59
Armenien	Asylsuchende	69	53.299,99	26.942,35	80.242,34
	abgelehnte Asylsuchende	180	126.199,99	71.501,57	197.701,56
Ukraine	Asylsuchende	14	11.400,00	6.953,52	18.353,52
	abgelehnte Asylsuchende	196	124.500,00	73.539,38	198.039,38
Georgien	Asylsuchende	35	24.097,84	18.865,06	42.962,90
	abgelehnte Asylsuchende	129	85.390,94	68.917,37	154.308,31
Libanon	Asylsuchende	40	30.100,00	8.967,45	39.067,45
	abgelehnte Asylsuchende	122	81.901,71	44.965,70	126.867,41
Serbien	Asylsuchende	0	0,00	0,00	0,00
	abgelehnte Asylsuchende	160	55.500,05	102.604,42	158.104,47
Gesamt Top10	Asylsuchende	1.569	1.145.504,62	369.356,89	1.512.861,51

2018					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
	abgelehnte Asylsuchende	2.414	1.596.785,88	918.180,08	2.514.966,05
<b>Gesamt</b>		<b>3.983</b>	<b>2.742.290,59</b>	<b>1.287.536,97</b>	<b>4.027.827,56</b>

Datenquelle: IOM

2019					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Irak	Asylsuchende	623	452.825,76	13.995,86	466.821,62
	abgelehnte Asylsuchende	1003	767.828,61	14.958,24	782.786,85
Russland	Asylsuchende	87	56.000,00	0,00	56.000,00
	abgelehnte Asylsuchende	800	465.321,86	2.972,19	468.294,05
Armenien	Asylsuchende	37	0,00	38.490,98	38.490,98
	abgelehnte Asylsuchende	600	1.600,00	570.028,84	571.628,84
Aserbajdschan	Asylsuchende	35	0,00	30.573,38	30.573,38
	abgelehnte Asylsuchende	357	2.399,99	307.474,38	309.874,37
Pakistan	Asylsuchende	40	32.399,95	2.999,99	35.399,94
	abgelehnte Asylsuchende	242	221.799,49	1.000,00	222.799,49
Afghanistan	Asylsuchende	53	48.999,38	0,00	48.999,38
	abgelehnte Asylsuchende	182	179.023,23	0,00	179.023,23
Iran	Asylsuchende	85	7.239,75	84.217,09	91.456,84
	abgelehnte Asylsuchende	150	3.818,76	145.161,65	148.980,41
Indien	Asylsuchende	7	6.999,98	0,00	6.999,98
	abgelehnte Asylsuchende	186	148.999,40	0,00	148.999,40
Türkei	Asylsuchende	46	0,00	46.596,09	46.596,09
	abgelehnte Asylsuchende	117	0,00	114.302,42	114.302,42
Nigeria	Asylsuchende	25	24.593,82	989,34	25.583,16
	abgelehnte Asylsuchende	137	123.967,90	0,00	123.967,90
Gesamt Top10	Asylsuchende	1038	629.058,64	217.862,73	846.921,37
	abgelehnte Asylsuchende	3774	1.914.759,24	1.155.897,72	3.070.656,96
<b>Gesamt</b>		<b>4812</b>	<b>2.543.817,88</b>	<b>1.373.760,45</b>	<b>3.917.578,33</b>

Datenquelle: IOM

2020					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Irak	Asylsuchende	298	395.860,47	0,00	395.860,47
	abgelehnte Asylsuchende	336	609.238,29	0,00	609.238,29
Russland	Asylsuchende	60	71.000,00	0,00	71.000,00
	abgelehnte Asylsuchende	334	399.500,00	0,00	399.500,00
Armenien	Asylsuchende	23	24.500,00	21.199,71	45.699,71
	abgelehnte Asylsuchende	290	210.999,98	269.169,03	480.169,01
Afghanistan	Asylsuchende	50	74.006,32	0,00	74.006,32
	abgelehnte Asylsuchende	137	272.014,32	0,00	272.014,32
Pakistan	Asylsuchende	9	18.000,01	0,00	18.000,01
	abgelehnte Asylsuchende	169	348.000,01	0,00	348.000,01
Iran	Asylsuchende	60	78.962,56	65.953,20	144.915,76
	abgelehnte Asylsuchende	99	132.939,19	90.723,89	223.663,08
Aserbajdschan	Asylsuchende	21	13.500,00	19.830,82	33.330,82
	abgelehnte Asylsuchende	125	81.000,00	110.398,95	191.398,95
Türkei	Asylsuchende	33	36.499,56	33.879,39	70.378,95
	abgelehnte Asylsuchende	108	105.002,18	97.308,56	202.310,74
China	Asylsuchende	13	20.500,01	0,00	20.500,01
	abgelehnte Asylsuchende	66	123.500,08	0,00	123.500,08
Nigeria	Asylsuchende	8	15.440,43	0,00	15.440,43
	abgelehnte Asylsuchende	67	124.309,90	0,00	124.309,90

2020					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Gesamt Top10	Asylsuchende	575	748.269,36	140.863,12	889.132,48
	abgelehnte Asylsuchende	1731	2.406.503,95	567.600,43	2.974.104,38
Gesamt		2306	3.154.773,31	708.463,55	3.863.236,86

Datenquelle: IOM

2021 (Zwischenbericht, vorläufige Zahlen)					
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt
Russland	Asylsuchende	45	54.500,02	0,00	54.500,02
	abgelehnte Asylsuchende	541	517.000,05	0,00	517.000,05
Irak	Asylsuchende	153	186.601,91	0,00	186.601,91
	abgelehnte Asylsuchende	274	400.651,73	0,00	400.651,73
Aserbaidshjan	Asylsuchende	16	16.500,00	13.889,15	30.389,15
	abgelehnte Asylsuchende	278	213.499,99	152.171,61	365.671,60
Armenien	Asylsuchende	8	9.500,00	6.973,70	16.473,70
	abgelehnte Asylsuchende	257	247.499,99	211.480,74	458.980,73
Iran	Asylsuchende	60	66.000,02	35.000,00	101.000,02
	abgelehnte Asylsuchende	122	150.500,02	87.944,36	238.444,38
Pakistan	Asylsuchende	12	16.499,99	0,00	16.499,99
	abgelehnte Asylsuchende	166	275.499,72	0,00	275.499,72
Türkei	Asylsuchende	54	53.499,96	45.835,39	99.335,35
	abgelehnte Asylsuchende	117	131.967,29	90.970,37	222.937,66
Afghanistan	Asylsuchende	24	43.521,60	0,00	43.521,60
	abgelehnte Asylsuchende	109	186.511,74	1.999,89	188.511,63
China	Asylsuchende	16	25.000,00	0,00	25.000,00
	abgelehnte Asylsuchende	108	169.500,01	0,00	169.500,01
Nigeria	Asylsuchende	15	26.109,71	0,00	26.109,71
	abgelehnte Asylsuchende	104	154.630,54	0,00	154.630,54
Gesamt Top10	Asylsuchende	403	497.733,21	101.698,24	599.431,45
	abgelehnte Asylsuchende	2076	2.447.261,08	544.566,97	2.991.828,05
Gesamt		2479	2.944.994,29	646.265,21	3.591.259,50

Datenquelle: IOM

Anlage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/3212

Antwort zu 19j:

**Jahr 2021:**

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
Afghanis-tan	<b>VG Gesamt</b>	<b>16.214</b>	<b>11</b>	<b>968</b>	<b>426</b>	<b>6.444</b>	<b>7.849</b>	<b>48,4%</b>
	darunter:							
	VG Osnab-rück	200	4	5	1	26	36	18,0%
	VG Chemnitz	199	0	4	2	23	29	14,6%
	VG Aachen	110	0	0	0	16	16	14,5%
	VG Regens-burg	90	1	1	1	10	13	14,4%
	VG Würz-burg	57	0	1	0	5	6	10,5%
	VG Bayreuth	35	0	0	0	2	2	5,7%
	VG Ansbach	77	0	1	0	2	3	3,9%
	VG Greifs-wald	207	0	0	0	3	3	1,4%
VG Schwerin	1	0	0	0	0	0	0,0%	
Albanien	<b>VG Gesamt</b>	<b>651</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>20</b>	<b>23</b>	<b>3,5%</b>
	darunter:							
	VG Köln	83	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	49	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnab-rück	36	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	19	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braun-schweig	19	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	17	0	0	0	0	0	0,0%
VG Münster	17	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Dresden	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	10	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Freiburg	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gießen	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Potsdam	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Sigmaringen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.419</b>	<b>0</b>	<b>30</b>	<b>16</b>	<b>433</b>	<b>479</b>	<b>33,8%</b>
	darunter:							
	VG Münster	13	0	0	2	0	2	15,4%
	VG Frankfurt/Main	98	0	1	0	14	15	15,3%
	VG Köln	14	0	0	0	2	2	14,3%
	VG Hamburg	15	0	0	0	2	2	13,3%
	VG Regensburg	169	0	0	0	18	18	10,7%
Äthiopien								

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
	VG Würzburg	67	0	2	0	5	7	10,4%
	VG Potsdam	10	0	0	0	1	1	10,0%
	VG Frankfurt / Oder	11	0	0	0	1	1	9,1%
	VG Oldenburg	12	0	0	1	0	1	8,3%
	VG Chemnitz	16	0	0	0	1	1	6,3%
	VG Augsburg	39	0	0	1	0	1	2,6%
	VG Bayreuth	77	0	0	1	0	1	1,3%
	VG Gießen	145	0	0	1	0	1	0,7%
	VG Gera	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Dresden	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Göttingen	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Arnsherg	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braunschweig	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>2.250</b>	<b>1</b>	<b>9</b>	<b>4</b>	<b>57</b>	<b>71</b>	<b>3,2%</b>
Georgien	darunter:							
	VG Münster	112	0	0	0	1	1	0,9%
	VG Chemnitz	115	0	0	0	1	1	0,9%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Potsdam	140	0	0	0	1	1	0,7%
	VG Braunschweig	62	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Greifswald	39	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	37	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Meiningen	37	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Freiburg	36	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stuttgart	36	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Göttingen	34	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gießen	25	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Köln	25	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	25	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	20	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	19	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Regensburg	18	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Kassel	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Wiesbaden	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	10	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Ge-samt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schie-bungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG Würzburg	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>2.092</b>	<b>3</b>	<b>40</b>	<b>8</b>	<b>89</b>	<b>140</b>	<b>6,7%</b>
	darunter:							
Guinea	VG Braunschweig	38	0	0	0	1	1	2,6%
	VG Cottbus	43	0	1	0	0	1	2,3%
	VG Gelsenkirchen	173	0	1	0	1	2	1,2%
	VG Oldenburg	44	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	39	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Regensburg	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	10	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Würzburg	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	3	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs- verbot	abso-lut	Anteil
	VG Bremen	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Potsdam	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gera	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>11.738</b>	<b>19</b>	<b>437</b>	<b>233</b>	<b>1.305</b>	<b>1.994</b>	<b>17,0%</b>
	darunter:							
	VG Leipzig	120	0	1	0	9	10	8,3%
	VG Düsseldorf	535	0	19	2	21	42	7,9%
	VG Bayreuth	192	0	9	0	3	12	6,3%
	VG Darmstadt	83	0	2	2	1	5	6,0%
	VG Oldenburg	242	0	4	3	4	11	4,5%
	VG Arnberg	542	0	4	7	9	20	3,7%
	VG Augsburg	222	0	1	0	7	8	3,6%
	VG Wiesbaden	115	0	2	1	1	4	3,5%
	VG Osnabrück	238	0	0	0	8	8	3,4%
	VG Ansbach	255	0	1	0	3	4	1,6%
	VG Potsdam	145	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	51	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	28	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	2	0	0	0	0	0	0,0%
Iran	<b>VG Gesamt</b>	<b>7.227</b>	<b>75</b>	<b>1.619</b>	<b>44</b>	<b>124</b>	<b>1.862</b>	<b>25,8%</b>

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs- verbot	abso- lut	Anteil
	darunter:							
	VG Schleswig-Holstein	400	0	38	0	4	42	10,5%
	VG Frankfurt/Main	233	0	20	0	2	22	9,4%
	VG Dresden	65	0	4	0	1	5	7,7%
	VG Greifswald	81	0	5	0	1	6	7,4%
	VG Ansbach	220	0	14	1	0	15	6,8%
	VG Berlin	280	0	11	0	5	16	5,7%
	VG Köln	198	0	8	2	1	11	5,6%
	VG Darmstadt	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	1	0	0	0	0	0	0,0%
Moldau*	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.064</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0,2%</b>
	<b>VG Gesamt</b>	<b>8.964</b>	<b>11</b>	<b>64</b>	<b>12</b>	<b>641</b>	<b>728</b>	<b>8,1%</b>
	darunter:							
	VG München	1.468	0	4	2	53	59	4,0%
	VG Regensburg	680	0	0	0	19	19	2,8%
	VG Kassel	114	0	0	0	3	3	2,6%
	VG Oldenburg	38	0	0	0	1	1	2,6%
	VG Arnberg	306	0	0	0	8	8	2,6%
	VG Trier	230	0	0	0	3	3	1,3%
	VG Aachen	243	0	1	0	1	2	0,8%
	VG Leipzig	125	0	1	0	0	1	0,8%
	VG Gera	107	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	87	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	47	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
	VG Schwerin	41	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	40	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Wiesbaden	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	3	0	0	0	0	0	0,0%
	Schleswig-Holsteinisches OVG	2	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>522</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>1,9%</b>
	darunter:							
	VG Karlsruhe	81	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Düsseldorf	58	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	43	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Dresden	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	18	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Köln	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	10	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	9	0	0	0	0	0	0,0%
Nordma-zedonien								

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Oldenburg	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Weimar	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gießen	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braunschweig	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Wiesbaden	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Sigmaringen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>3.645</b>	<b>9</b>	<b>440</b>	<b>10</b>	<b>131</b>	<b>590</b>	<b>16,2%</b>
	darunter:							
Pakistan	VG Berlin	234	0	6	0	9	15	6,4%
	VG Frankfurt/Main	78	0	0	0	5	5	6,4%
	VG Lüneburg	33	0	1	0	1	2	6,1%
	VG Gießen	100	0	5	0	1	6	6,0%
	VG München	224	0	0	1	12	13	5,8%
	VG Regensburg	74	1	2	1	0	4	5,4%
	VG Cottbus	41	0	0	0	2	2	4,9%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs- verbot	abso-lut	Anteil
	VG Oldenburg	100	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	60	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	32	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Greifswald	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Meiningen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>5.117</b>	<b>73</b>	<b>94</b>	<b>75</b>	<b>123</b>	<b>365</b>	<b>7,1%</b>
	darunter:							
	VG Ansbach	153	0	0	5	0	5	3,3%
	VG Schwerin	174	1	1	0	2	4	2,3%
	VG Potsdam	235	0	0	3	2	5	2,1%
	VG Arnberg	101	0	1	0	1	2	2,0%
	VG Bremen	160	2	0	0	0	2	1,3%
	VG Leipzig	81	0	1	0	0	1	1,2%
	VG Bayreuth	110	0	0	0	1	1	0,9%
	VG Frankfurt / Oder	332	0	0	0	1	1	0,3%
	VG Schleswig-Holstein	412	0	1	0	0	1	0,2%
	VG Cottbus	190	0	0	0	0	0	0,0%
Russische Föderation								

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
	VG München	113	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	70	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	62	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	60	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	26	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Oldenburg	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Göttingen	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>463</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0,6%</b>
	darunter:							
	VG Arnberg	61	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	50	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gera	26	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Düsseldorf	22	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	19	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	13	0	0	0	0	0	0,0%
Serbien								

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Stuttgart	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Dresden	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	10	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Sigmaringen	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gießen	8	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braunschweig	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Potsdam	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Oldenburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Kassel	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Freiburg	1	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Magdeburg	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>2.967</b>	<b>1</b>	<b>94</b>	<b>80</b>	<b>337</b>	<b>512</b>	<b>17,3%</b>
	darunter:							
	VG Gera	61	0	6	1	2	9	14,8%
	VG Gelsenkirchen	13	0	0	0	1	1	7,7%
	VG Köln	27	0	0	0	2	2	7,4%
	VG Minden	42	0	1	2	0	3	7,1%
	VG Braunschweig	43	0	2	0	1	3	7,0%
	VG Würzburg	243	0	2	1	10	13	5,3%
	VG Gießen	255	0	1	0	10	11	4,3%
	VG Chemnitz	24	0	1	0	0	1	4,2%
	VG Osnabrück	27	0	0	1	0	1	3,7%
	VG Aachen	57	0	0	0	2	2	3,5%
	VG Schwerin	36	0	0	0	1	1	2,8%
	VG Hamburg	73	0	0	0	1	1	1,4%
	VG Stade	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	27	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Greifswald	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>5.139</b>	<b>168</b>	<b>547</b>	<b>25</b>	<b>66</b>	<b>806</b>	<b>15,7%</b>
	darunter:							
	VG Arnberg	72	1	1	0	3	5	6,9%
	VG Trier	275	3	15	0	0	18	6,5%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>5.139</b>	<b>168</b>	<b>547</b>	<b>25</b>	<b>66</b>	<b>806</b>	<b>15,7%</b>
	darunter:							
	VG Arnberg	72	1	1	0	3	5	6,9%
	VG Trier	275	3	15	0	0	18	6,5%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>5.139</b>	<b>168</b>	<b>547</b>	<b>25</b>	<b>66</b>	<b>806</b>	<b>15,7%</b>
	darunter:							
	VG Arnberg	72	1	1	0	3	5	6,9%
	VG Trier	275	3	15	0	0	18	6,5%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
	VG Göttingen	49	0	3	0	0	3	6,1%
	VG Schwerin	57	0	3	0	0	3	5,3%
	VG München	82	0	4	0	0	4	4,9%
	VG Frankfurt/Main	43	0	2	0	0	2	4,7%
	VG Augsburg	532	2	13	0	6	21	3,9%
	VG Braunschweig	84	0	3	0	0	3	3,6%
	VG Darmstadt	18	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	5	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.882</b>	<b>2</b>	<b>193</b>	<b>51</b>	<b>151</b>	<b>397</b>	<b>21,1%</b>
	darunter:							
Ungeklärt	VG Gera	18	0	0	0	2	2	11,1%
	VG Göttingen	29	0	1	1	1	3	10,3%
	VG Hannover	39	0	0	2	2	4	10,3%
	VG Ansbach	22	0	1	1	0	2	9,1%
	VG Arnberg	58	0	0	1	4	5	8,6%
	VG Schleswig-Holstein	38	0	2	1	0	3	7,9%
	VG Düsseldorf	41	0	2	1	0	3	7,3%
	VG Münster	28	0	1	1	0	2	7,1%
	VG Kassel	16	0	0	0	1	1	6,3%
	VG Gießen	22	0	0	0	1	1	4,5%
	VG Schwerin	30	0	0	0	1	1	3,3%
	VG Chemnitz	58	1	0	0	0	1	1,7%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG Trier	21	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Greifswald	5	0	0	0	0	0	0,0%
	OVG Berlin-Brandenburg	1	0	0	0	0	0	0,0%

\* Für Moldau waren nur 2 positive Entscheidungen von 1.064 Entscheidungen insgesamt.

#### 01.01. - 30.06.2022:

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	abso-lut	Anteil
Afghanistan	<b>VG Gesamt</b>	<b>9.134</b>	<b>15</b>	<b>526</b>	<b>79</b>	<b>4.070</b>	<b>4.690</b>	<b>51,3%</b>
	darunter:							
	VG Schleswig-Holstein	367	0	0	0	83	83	22,6%
	VG Braunschweig	145	5	8	2	17	32	22,1%
	VG Regensburg	32	0	2	2	2	6	18,8%
	VG Kassel	127	0	0	7	13	20	15,7%
	VG Leipzig	32	0	5	0	0	5	15,6%
	VG Ansbach	29	0	1	0	1	2	6,9%
	VG Augsburg	29	0	0	0	1	1	3,4%
	VG Würzburg	115	0	0	0	1	1	0,9%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Bayreuth	6	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>528</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>22</b>	<b>26</b>	<b>4,9%</b>
Albanien	darunter:							
	VG Minden	49	0	0	0	1	1	2,0%
	VG Trier	30	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Köln	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gießen	25	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	24	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	18	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Weimar	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Wiesbaden	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Arnberg	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Göttingen	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	4	0	0	0	0	0	0,0%
VG Magdeburg	3	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Cottbus	3	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Chemnitz	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Augsburg	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Würzburg	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Kassel	1	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schie-bungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG Frankfurt/Main	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Dresden	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.380</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>0</b>	<b>42</b>	<b>54</b>	<b>3,9%</b>
Geor-gien	darunter:							
	VG Lüneburg	57	0	0	0	1	1	1,8%
	VG Regens-burg	113	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	84	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Meiningen	80	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magde-burg	36	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	32	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnab-rück	30	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	30	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schles-wig-Holstein	24	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stuttgart	23	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	23	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Greifswald	22	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Oldenburg	20	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Potsdam	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Freiburg	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkir-chen	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG München	6	0	0	0	0	0	0,0%
VG Köln	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Göttingen	5	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schie-bungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG Stade	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Kassel	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>4.985</b>	<b>0</b>	<b>172</b>	<b>91</b>	<b>525</b>	<b>788</b>	<b>15,8%</b>
Irak	darunter:							
	VG Trier	146	0	1	0	10	11	7,5%
	VG Düsseldorf	279	0	6	4	10	20	7,2%
	VG Stade	56	0	2	0	2	4	7,1%
	VG Regensburg	154	0	2	0	5	7	4,5%
	VG Kassel	53	0	0	0	2	2	3,8%
	VG Potsdam	43	0	1	0	0	1	2,3%
	VG Darmstadt	44	0	0	0	1	1	2,3%
	VG Osnabrück	111	0	1	0	1	2	1,8%
	VG Augsburg	126	0	1	0	1	2	1,6%
	VG Bayreuth	65	0	1	0	0	1	1,5%
	VG Ansbach	138	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	40	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	14	0	0	0	0	0	0,0%
	Schleswig-Holsteinisches OVG	6	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	absolut	Anteil
	VG Frankfurt / Oder	4	0	0	0	0	0	0,0%
Iran	<b>VG Gesamt</b>	<b>3.367</b>	<b>42</b>	<b>836</b>	<b>39</b>	<b>47</b>	<b>964</b>	<b>28,6%</b>
	darunter:							
	VG Bayreuth	106	3	9	2	1	15	14,2%
	VG Ansbach	143	0	16	1	3	20	14,0%
	VG Frankfurt/Main	136	0	13	4	2	19	14,0%
	VG Greifswald	83	1	8	1	0	10	12,0%
	VG Arnberg	93	2	9	0	0	11	11,8%
	VG Münster	52	0	6	0	0	6	11,5%
	VG Schleswig-Holstein	184	0	20	0	0	20	10,9%
	VG Augsburg	10	0	0	0	1	1	10,0%
	VG Gelsenkirchen	76	0	5	0	1	6	7,9%
	VG Berlin	158	0	8	0	1	9	5,7%
	VG Darmstadt	6	0	0	0	0	0	0,0%
Moldau*	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.192</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0,1%</b>
Nigeria	<b>VG Gesamt</b>	<b>3.107</b>	<b>3</b>	<b>27</b>	<b>5</b>	<b>192</b>	<b>227</b>	<b>7,3%</b>
	darunter:							
	VG Augsburg	89	0	0	0	3	3	3,4%
	VG Regensburg	201	0	0	0	5	5	2,5%
	VG Schwerin	50	0	1	0	0	1	2,0%
	VG Trier	108	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Kassel	57	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	40	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	38	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gera	27	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtssentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG Bayreuth	23	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	20	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Osnabrück	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braunschweig	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Oldenburg	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Potsdam	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Dresden	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	1	0	0	0	0	0	0,0%
Nord-maze-donien	<b>VG Gesamt</b>	<b>963</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>8</b>	<b>0,8%</b>
	darunter:							
	VG Karlsruhe	291	0	0	0	1	1	0,3%
	VG Düsseldorf	58	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	50	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	37	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	36	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	35	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Weimar	31	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	26	0	0	0	0	0	0,0%
VG München	25	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtssentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schie-bungs-verbot	abso-lut	Anteil
VG Lüneburg	25	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Gelsenkirchen	24	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Trier	24	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Berlin	23	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Frankfurt / Oder	22	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Arnberg	20	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Leipzig	18	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Freiburg	17	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Osnabrück	15	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Magdeburg	12	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Köln	12	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Dresden	11	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Schleswig-Holstein	10	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Braunschweig	10	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Gießen	8	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Kassel	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Frankfurt/Main	4	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Schwerin	4	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Ansbach	4	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Gera	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Oldenburg	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Stade	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Darmstadt	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Pakis-tan	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.606</b>	<b>5</b>	<b>210</b>	<b>8</b>	<b>46</b>	<b>269</b>	<b>16,7%</b>
	darunter:							
	VG Münster	12	0	0	0	1	1	8,3%
	VG Dresden	27	0	1	0	1	2	7,4%
	VG Gießen	29	0	0	0	2	2	6,9%
	VG Arnberg	102	0	7	0	0	7	6,9%
	VG Chemnitz	124	1	5	0	0	6	4,8%
	VG Karlsruhe	27	0	1	0	0	1	3,7%
	VG München	37	0	0	0	1	1	2,7%
	VG Minden	25	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gelsenkirchen	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	12	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Regensburg	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Halle	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	3	0	0	0	0	0	0,0%
VG Würzburg	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Magdeburg	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Bremen	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Bayreuth	1	0	0	0	0	0	0,0%	
Russi-sche Födera-tion	<b>VG Gesamt</b>	<b>1.972</b>	<b>43</b>	<b>55</b>	<b>56</b>	<b>89</b>	<b>243</b>	<b>12,3%</b>
	darunter:							
	VG Leipzig	36	2	0	0	0	2	5,6%
	VG Trier	21	0	1	0	0	1	4,8%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Bremen	22	1	0	0	0	1	4,5%
	VG Weimar	132	4	1	0	1	6	4,5%
	VG Frankfurt / Oder	93	0	3	0	1	4	4,3%
	VG Schleswig-Holstein	68	0	2	0	0	2	2,9%
	VG Bayreuth	111	0	3	0	0	3	2,7%
	VG Arnberg	39	0	0	0	1	1	2,6%
	VG Cottbus	49	0	1	0	0	1	2,0%
	VG Oldenburg	91	0	0	0	1	1	1,1%
	VG Magdeburg	32	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	32	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hamburg	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Würzburg	29	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Regensburg	27	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Minden	22	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Braunschweig	15	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Hannover	13	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Münster	7	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Augsburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Freiburg	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	2	0	0	0	0	0	0,0%
Serbien	<b>VG Gesamt</b>	<b>410</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>0,7%</b>
	darunter:							
	VG Berlin	45	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Arnberg	29	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
VG Gera	26	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Düsseldorf	25	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Karlsruhe	22	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Osnabrück	21	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Trier	18	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Aachen	17	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Bayreuth	16	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Minden	13	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Gelsenkirchen	11	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Gießen	11	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Hannover	11	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Lüneburg	10	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Köln	10	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Sigmaringen	9	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Münster	9	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Magdeburg	8	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Schleswig-Holstein	7	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Darmstadt	7	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Braunschweig	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Halle	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG München	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Cottbus	6	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Bremen	5	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Frankfurt / Oder	5	0	0	0	0	0	0,0%	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Stade	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Oldenburg	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Weimar	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Göttingen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schwerin	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt/Main	1	0	0	0	0	0	0,0%
Somalia	<b>VG Gesamt</b>	<b>975</b>	<b>0</b>	<b>36</b>	<b>12</b>	<b>164</b>	<b>212</b>	<b>21,7%</b>
	darunter:							
	VG Aachen	49	0	0	0	5	5	10,2%
	VG Würzburg	79	0	0	0	8	8	10,1%
	VG Ansbach	10	0	0	0	1	1	10,0%
	VG Hamburg	34	0	1	0	2	3	8,8%
	VG Bremen	26	0	0	0	2	2	7,7%
	VG Cottbus	14	0	1	0	0	1	7,1%
	VG Münster	35	0	0	0	2	2	5,7%
	VG Schwerin	24	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Schleswig-Holstein	16	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Leipzig	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Arnberg	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Chemnitz	3	0	0	0	0	0	0,0%
VG Augsburg	2	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Stade	1	0	0	0	0	0	0,0%	
VG Oldenburg	1	0	0	0	0	0	0,0%	
Türkei	<b>VG Gesamt</b>	<b>2.752</b>	<b>109</b>	<b>288</b>	<b>16</b>	<b>47</b>	<b>460</b>	<b>16,7%</b>
	darunter:							

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schie-bungs-verbot	abso-lut	Anteil
	VG des Saarlandes	25	1	0	0	1	2	8,0%
	VG Chemnitz	16	0	1	0	0	1	6,3%
	VG Halle	34	0	2	0	0	2	5,9%
	VG Leipzig	18	1	0	0	0	1	5,6%
	VG Trier	146	0	5	0	2	7	4,8%
	VG Stade	21	0	0	0	1	1	4,8%
	VG Frankfurt/Main	68	1	0	0	1	2	2,9%
	VG Augsburg	157	0	2	0	0	2	1,3%
	VG Darmstadt	14	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Regensburg	10	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Cottbus	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Frankfurt / Oder	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>844</b>	<b>5</b>	<b>73</b>	<b>34</b>	<b>81</b>	<b>193</b>	<b>22,9%</b>
Ungeklärt	darunter:							
	VG Schwerin	9	0	0	1	0	1	11,1%
	VG Oldenburg	10	0	0	1	0	1	10,0%
	VG Düsseldorf	40	0	1	0	3	4	10,0%
	VG Cottbus	11	0	1	0	0	1	9,1%
	VG Gelsenkirchen	12	0	0	0	1	1	8,3%
	VG Hamburg	26	0	1	0	1	2	7,7%
	VG Chemnitz	16	0	1	0	0	1	6,3%
	VG Lüneburg	16	0	0	1	0	1	6,3%
	VG Gießen	17	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Trier	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Ansbach	9	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Aachen	6	0	0	0	0	0	0,0%

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Augsburg	6	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Würzburg	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Magdeburg	5	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stade	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG des Saarlandes	4	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Kassel	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bayreuth	3	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Gera	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Darmstadt	2	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Wiesbaden	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Bremen	1	0	0	0	0	0	0,0%
	<b>VG Gesamt</b>	<b>107</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>35</b>	<b>47</b>	<b>43,9%</b>
Venezuela	darunter:							
	VG Chemnitz	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Berlin	11	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Karlsruhe	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Lüneburg	1	0	0	0	0	0	0,0%
	VG Stuttgart	1	0	0	0	0	0	0,0%

\* Für Moldau war nur 1 positive Entscheidung von 1.192 Entscheidungen insgesamt.

